

# Der sozialistische **kämpfer**

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

Nummer 1/2

Jänner/Februar 1988

5 Schilling

## **„Für eine Republik ohne Waldheim“**

Gedenkveranstaltung „Vom Februar 1934 zum März 1938“ in Wien

**„Heute muß der Kampf gegen den neuen Faschismus, gegen Antisemitismus und Ausländerhaß konsequenter als bisher geführt werden. Es darf keine Rücksichtnahme geben auf jene Unbelehrbaren, die nach einem Schlußstrich rufen. Dieser antifaschistische Kampf ist unlösbar verbunden mit der Bewegung gegen den noch amtierenden Bundespräsidenten. Im Gedenkjahr 1988 kämpfen wir für ein antifaschistisches, demokratisches Österreich, für eine Republik ohne Waldheim,“ erklärte Genosse Josef Hindels am 12. Februar 1988 unter stürmischem Beifall bei der Gedenkveranstaltung „Vom Februar 1934 zum März 1938“ in Wien.**

Zu der Gedenkveranstaltung hatten der Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer, der Wiener Bildungsausschuß der SPÖ, die Alt-SAJ und die Sozialistische Fraktion der Eisenbahnergewerkschaft aufgerufen. Die im großen Saal des Kongreßhauses vorhandenen Sessel reichten bei weitem nicht aus, um allen Platz zu bieten, die gekommen waren, viele Genossinnen und Genossen mußten stehen. Mit besonders herzlichem Applaus, zu dem sich die Anwesenden von ihren Plätzen erhoben, wurde Genossin Rosa Jochmann begrüßt. Nicht minder herzlich war der Applaus für Genossen Dr. Kurt Steyrer, die stellvertretende Vorsitzende der SPÖ, Genossin Johanna Dohnal, den Wiener Landtagspräsidenten, Genossen Ing. Fritz Hofmann und die übrigen namentlich begrüßten Gäste.

Die Veranstaltung wurde mit einem künstlerischen Programm zum Thema März 1938, dargeboten von Helga David und Karl Dobravsky, eingeleitet. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden des Wiener SP-Bildungsausschusses, Genossen Ing. Ernst Nedwed, sprachen Genosse Hindels und der Vorsitzende der Eisenbahnergewerkschaft, Genosse Johann Schmölz.

### **Im Zeichen der historischen Wahrheit**

Das Gedenkjahr 1988 soll im Zeichen der historischen Wahrheit stehen. Es gilt, den Geschichtslügen entschieden entgegenzuwirken. „Wenn wir das tun, werden wir auch erkennen, daß es zwischen Vergangenheit und Gegen-

wart viele Berührungspunkte gibt.“ Der Kampf gegen den Faschismus ist nicht zu Ende, führte Genosse Hindels aus. Scharf wandte er sich gegen die immer wieder aus einem Sumpf von Lügen auftauchende Legende von der „geteilten Schuld“ beider Lager in der Ersten Republik. Es fehlt nicht an dokumentarischen Beweisen, daß das rechte Lager, unterstützt vom katholischen Klerus, die Republik stets gehaßt und ihren Sturz vorbereitet hat. Ihnen ging es um die Beseitigung des „revolutionären Schutts“, wie sie die sozialen Errungenschaften nannten. Und da sie dieses Ziel mit demokratischen Mitteln nicht erreichen konnten, beschränkten sie bereits in den zwanziger Jahren den Weg der Gewalt, unterstützt und ermuntert vom faschistischen Italien.

### **Bekennnis zu den Februar-Kämpfen**

Genosse Hindels schilderte, wie der 12. Februar 1934 durch die blutigen Provokationen der faschistischen Wehrverbände und die gezielten Schläge der Regierung Dollfuß vorbereitet wurde. Freilich hat auch die Sozialdemokratie schwerwiegende Fehler begangen, die nicht verschwiegen werden dürfen. Ihr Hauptfehler bestand darin, immer wieder zurückzuweichen und damit die eigenen Reihen zu schwächen und zu demoralisieren. Im Februar 1934 wurden die Schutzbündler militärisch geschlagen, aber moralisch nicht besiegt. Es handelte sich um den ersten bewaffneten Kampf gegen den Faschismus in Europa. „Wir bekennen uns auch heute zu dieser



**NIEMALS VERGESSEN!**

Befreiung — Denkmal KZ Mauthausen  
(Foto: Peter Paul Wiplinger).

Tat der Schutzbündler“, sagte Genosse Hindels unter lautem Beifall.

Zur Person von Dollfuß sagte Genosse Hindels: „Er starb als Opfer des braunen Terrors während des Naziputsches am 25. Juli 1934. Aber er starb nicht als österreichischer Freiheitskämpfer. Die Dollfußstraße führte in den Abgrund der Nazibarbarei.“

### **Das andere Österreich**

Was die Annexion Österreichs durch Hitler-Deutschland vor 50 Jahren betrifft, erklärte Genosse Hindels, daß es nach der würdelosen Kapitulation Schuschniggs Österreicher gegeben hat, die Hitler jubelten. „Aber sie präsentierten nicht das österreichische  
Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Volk. Es gab auch ein anderes Österreich, ein Österreich der Verfolgten, der Verjagten und der Widerstandskämpfer.“ Genosse Hindels gedachte weiters der grausamen Verfolgung der jüdischen Mitbürger. Der klerikale Antisemitismus erwies sich als Wegbereiter der nazistischen Massenmorde an den Juden. Wer heute versucht, die antisemitische Gefahr in Österreich zu leugnen oder zu verniedlichen, hat aus den bitteren Erfahrungen der Vergangenheit nichts gelernt. „Wir haben es im Bundespräsidentenwahlkampf erlebt, wie stark und gefährlich noch immer der klerikale Antisemitismus ist, der die Juden als Christusmörder diffamiert“, betonte Genosse Hindels.

### Aus der Vergangenheit lernen

Die Schutzbündler, die in den Februartagen des Jahres 1934 die Demokratie verteidigten, waren die ersten, die Widerstand leisteten gegen den aufkommenden Faschismus in Europa. Sie haben sich gegen Unmenschlichkeit, Terror und Intoleranz erhoben. Viele von ihnen mußten dafür mit ihrem Leben bezahlen. Dieser unvergleichbare persönliche Einsatz für eine Idee der Humanität darf niemals vergessen werden, erklärte SPÖ-Abgeordneter Genosse Ernst Nedwed in seinem Begrüßungsreferat.

Bei den bevorstehenden Gedenkveranstaltungen zum März 1938 muß klar ausgesprochen werden, daß der Einmarsch Hitlers und die Machtergreifung der Nazis in Österreich durch die politische Herrschaft des austrofaschistischen Ständestaates erst ermöglicht wurde. „Die stärkste Kraft des Widerstandes gegen den Nazifaschismus, die österreichische Sozialdemokratie, war bereits im März 1933 durch die Sistierung des freigewählten Parlaments und endgültig im Februar 1934 durch den faschistischen Staatsstreich aus der politischen Legalität ausgeschaltet worden“, betonte Genosse Nedwed.

Heute gilt es, aus der Vergangenheit zu lernen und die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Es ist bedauerlich, daß die ÖVP sich immer noch nicht klar vom Austrofaschismus abgegrenzt hat. Es hängt nach wie vor das Bild des Hauptverantwortlichen für das Februar-massaker, Bundeskanzler Dollfuß, in den Räumen des ÖVP-Parlamentsklubs.

Zum Thema „März 1938“, sagte Genosse Nedwed, gibt es viele Vorhaben der Aufklärung in den Schulen, Jugendverbänden und in den großen politischen, gewerkschaftlichen und religiösen Organisationen. Dabei wird die Diskussion über die bedeutende Rolle des antifaschistischen Widerstandes



Februarkundgebung im Kongreßhaus: Rosa Jochmann, Josef Hindels und Kurt Steyrer, von den Anwesenden stürmisch begrüßt. (Foto: Haslinger)

genauso wichtig sein wie die Auseinandersetzung mit den Vorurteilen von heute: dem Antisemitismus, Fremdenhaß und der politischen Intoleranz.

Die Aufklärungsarbeit und die politische Bildung wird, wie viele Pädagogen und Historiker heute feststellen, allerdings schwierig, wenn nicht unmöglich werden, solange an der Spitze des Staates Dr. Waldheim steht, der im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit in der Nazizeit von der Historikerkommission der Unglaubwürdigkeit überführt wurde. Nedwed begrüßte in diesem Zusammenhang alle Vorschläge, die darauf hinauslaufen, den Historikerbericht in vollem Wortlaut einer möglichst breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. „Dies wäre im Interesse der Zeitgeschichte, der politischen Bildung und der aktuellen Meinungsbildung unbedingt erforderlich“, betonte Genosse Nedwed.

### Eisenbahner sind nicht die Prügelknaben

Die Eisenbahner nehmen sehr gerne an einer gemeinsamen Gedenkveranstaltung mit dem Bildungsausschuß, den Freiheitskämpfern und der Alt-SAJ teil, weil gerade heute sich Gleichgesinnte immer stärker zusammenschließen müssen, erklärte der Vorsitzende der Eisenbahnergewerkschaft, SPÖ-Abgeordneter Johann Schmölz. „Gerade die Eisenbahner waren von der Zeit der dreißiger Jahre — 1934, 1938 — besonders stark betroffen. 1934 ist nicht über Nacht gekommen, sondern hatte seinen Ursprung in der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung. Am 12. Februar 1934 war die Eisenbahnergewerkschaft als organisierte Einheit praktisch nicht mehr existent. Die bedeutendsten Persönlichkeiten des einstmaligen Angstgegners des Ständestaates waren inhaftiert, ins Exil gegangen oder politisch

mundtot gemacht“, sagte Genosse Schmölz.

Der Gewerkschaftsvorsitzende ging weiters auf die historische Entwicklung und den Verlauf der Februarkämpfe ein. Von 1934 bis 1938 wurde die Gewerkschaft im Untergrund wieder stark. Gegen Ende 1936 richteten sich die Aktionen der Eisenbahnergewerkschaft nicht mehr in erster Linie gegen die christlich-soziale Diktatur, sondern gegen den Nationalsozialismus. „Aus dem Kampf um die Freiheit der Gewerkschaften wurde ein Kampf um die Unabhängigkeit Österreichs“, sagte Schmölz. Wenn man die Geschichte verfolgt, kann man feststellen, daß die konservativen Kräfte ihre Angriffe auf die Eisenbahner ausgerichtet haben und bis heute ihre negative Einstellung gegenüber den Eisenbahnern nicht geändert haben. „In den dreißiger Jahren ist es um die Zerschlagung der stärksten Gruppe der Arbeiterbewegung gegangen, heute geht es um die Verhinderung der Mitbestimmung der Gewerkschafter und Personalvertreter“, betonte Schmölz. „Wir werden uns aber nicht beirren lassen und unsere ganze Kraft dafür einsetzen, daß die Eisenbahn besser, attraktiver und schneller wird und vor allem, daß die Eisenbahner nicht zum Prügelknaben der Nation gemacht werden.“

„Das Jahr 1988 kann nicht nur ein Gedenkjahr sein, sondern verpflichtet uns, noch stärker als in der Vergangenheit vor falschen Entwicklungen in der Wirtschaftspolitik vor allem im politischen Leben zu warnen und, wenn notwendig, auch mit allen Mitteln dagegen anzukämpfen“, sagte der SPÖ-Abgeordnete. Hier ist vor allem die SPÖ aufgerufen, sich als Partei der Zukunft, Zuversicht und Hoffnung stärker zu profilieren und ihre Anliegen stärker als bisher in den Vordergrund zu stellen, schloß Genosse Schmölz.

# Von Pflichterfüllung und Vergessen

Aus dem Bericht der internationalen Historikerkommission

Am 8. Februar 1988 übergab die auf Wunsch des Bundespräsidenten eingesetzte internationale Historikerkommission der Bundesregierung ihren Bericht. Wir veröffentlichen im folgenden im Wortlaut einen Auszug aus den „Zu-

sammenfassenden Schlußbetrachtungen“ der Historikerkommission:

Bis in die jüngste Zeit hat sich Waldheim immer wieder darauf berufen, daß er während seiner Militärzeit als Soldat an das Gebot der uneingeschränkten

militärischen **Pflichterfüllung** gebunden gewesen sei. Unabhängig vom Inhalt eines Befehls habe er in der Befehlsausführung ein verpflichtendes Prinzip gesehen, dem er sich habe unterziehen müssen.

Dieser Rechtfertigung vermochte die Kommission in den genannten Fällen nicht zu folgen. Die Rechtsprechung der Nachkriegsjahre über die Kriegszeit, insbesondere in den Nürnberger Folgeprozessen, hat mehrfach mit aller Entschiedenheit festgestellt, daß selbst im Krieg der militärische Befehl keine unbeschränkte Gültigkeit hat...

**Wer rechtswidrige Befehle ausführte oder ihren Vollzug förderte, verstieß auch zur Zeit des Zweiten Weltkriegs gegen allgemeingültige Rechtsnormen und machte sich somit mitschuldig am Unrecht.** Die Berufung auf einen „Befehlsnotstand“ vermag die Befolgung von widerrechtlichen Befehlen nicht zu rechtfertigen. Die Kommission hat in ihren Untersuchungen eine Anzahl von Vorfällen festgestellt, in denen Offiziere die Verantwortung übernommen hatten, rechtswidrige Befehle zu umgehen oder ihnen sogar zuwiderzuhandeln, ohne daß ihnen daraus erhebliche Nachteile erwachsen wären...

**Ein derartiges Handeln von Waldheim ist nicht bekanntgeworden.** Auch das der Kommission längst bekannte und in der Presse zitierte Dokument vom 25. Mai 1944, in dem Waldheim angeblich gegen übertriebene Sühnemaßnahmen protestiert haben soll (es handelt sich um ein monatliches „Feindnachrichtenblatt Griechenland“), enthält keinen Protest gegen die Anwendung der Sühnemaßnahmen, sondern lediglich pragmatische Hinweise auf die „Dosierung“ dieser Maßnahmen und keine „Kritik an Balkangreueln“, wie es in einigen Presseberichten lautete. Ein „Feindnachrichtenblatt“ war ohnehin kein Ort für „Proteste“. Im übrigen ist die Kritik an exzessiven kontraproduktiven Sühnemaßnahmen schon befehlsmäßig ausgesprochen gewesen (Befehl vom 22. Dezember 1943) und auch von General Speidel anlässlich des Kalavrita-Massakers im Dezember 1943 ausführlich ausgesprochen worden.

**Das Dokument beweist übrigens ein weiteres Mal, daß Waldheim über Sühnemaßnahmen im Bilde war...**

Bei der Beurteilung der Haltung der verantwortlichen Führungsstellen muß auch der besondere Charakter des mit

Fortsetzung auf Seite 5

## Waldheim soll im Interesse Österreichs zurücktreten

Die Wiener Landeshauptversammlung des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus erinnert an den Beschluß des Landesparteitages der Wiener SPÖ im Juni 1987, der die Aufforderung an den Bundespräsidenten Waldheim enthielt, er möge im Interesse Österreichs zurücktreten. Dieser Beschluß der höchsten Körperschaft der sozialistischen Partei Wiens ist durch den Bericht der internationalen Historikerkommission eindrucksvoll bestätigt.

Aus diesem Bericht geht hervor, daß Waldheim an rechtswidrigen Vorgängen mitgewirkt hat und über die Verbrechen gegen die Menschlichkeit genauestens informiert war. Er hat also hinterhältig gelogen, als er behauptete, von diesen Verbrechen nichts gewußt zu haben, anfangs sogar leugnete, an jenen Orten gewesen zu sein, wo diese begangen wurden. Das Staatsoberhaupt der Republik Österreich wurde vor aller Welt als Lügner demaskiert.

Waldheim ist daher nicht in der Lage, die in der Verfassung definierten Aufgaben des Bundespräsidenten zu erfüllen: Er genießt keine moralische Autorität und kann gegenüber dem Ausland die Republik Österreich nicht vertreten.

Waldheims Erklärung, er habe im Hitlerkrieg seine Pflicht erfüllt, ist eine Beleidigung der Frauen und Männer, die im Kampf für die Freiheit Österreichs ihr Leben geopfert haben. Aus dem Bericht der Historikerkommission über Partisanenerschießungen und Judendeportationen geht hervor, wie diese Pflichterfüllung in der Praxis ausgesehen hat. Alle Vorwürfe, die von den Sozialistischen Freiheitskämpfern und anderen Antifaschisten gegen den noch amtierenden Bundespräsidenten erhoben wurden, sind erhärtet.

Der Versuch von Außenminister Mock und anderen Spitzenfunktionären der ÖVP, der Historikerkommission eine Überschreitung des ihr erteilten Mandates vorzuwerfen, ist entschieden zurückzuweisen. Es gehörte zu den Aufgaben dieser Kommission, auch das moralische Verhalten Waldheims und seine Beziehung zur Wahrheit zu überprüfen. Das Ergebnis ist für den Noch-Bundespräsidenten vernichtend. Die Auseinandersetzung über seine Person wird im eigenen Land und im Ausland weitergehen. Sie hat dem Ansehen Österreichs bereits jetzt unermesslich Schaden zugefügt.

Die Wiener Landeshauptversammlung der Sozialistischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus fordert daher den Bundespräsidenten auf, im Interesse unseres Landes zurückzutreten. Gleichzeitig appelliert sie an alle aufrechten Österreicher, ohne Unterschied der parteipolitischen oder weltanschaulichen Richtung, diese Forderung in der Öffentlichkeit zu erheben.

Auf schärfste weisen wir den Appell an den „inneren Schweinehund“ des ehemaligen Außenministers Gruber zurück, der feststellte, daß die Mitglieder der Historikerkommission kein objektives Urteil fällten, da ihr ein Sozialist angehörte und die anderen jüdischer Abstammung seien.

Diese antisemitische Argumentation erinnert uns bitter an die Jahre derer wir heuer gedenken.

(Resolution, beschlossen von der Wiener Landeshauptversammlung der Sozialistischen Freiheitskämpfer am 12. Februar 1988.)

## Die Dollfußstraße führte in den Abgrund

**Am 12. Februar 1938 hatte Hitler Schuschnigg in Berchtesgaden jenes Ultimatum gestellt, das den Überfall auf Österreich vorbereitete. Die Regierung des Ständestaates verschwieg der Bevölkerung den Ernst der Situation. Für die illegale Arbeiterbewegung, die sich der tödlichen Bedrohung bewußt war, hatte es auch symbolische Bedeutung, daß dieses Ultimatum an einem 12. Februar gestellt wurde, vier Jahre nach der blutigen Niederwerfung des Republikanischen Schutzbundes. Die Dollfußstraße hatte in den Abgrund geführt.**

Schuschnigg erfüllte die wesentlichen Inhalte des Ultimatums. Bei Aufrechterhaltung der formalen Unabhängigkeit Österreichs wurde das Land von den österreichischen Nazis und den „nationalbetonten“ Erfüllungshelfen Hitlers in der Regierung fast gleichgeschaltet. Aber Hitler war das zuwenig. Er forderte die totale Gleichschaltung.

Als Schuschnigg in letzter Verzweiflung eine Volksabstimmung anordnete, bei der alle Österreicher, die ein unabhängiges Österreich wollen, mit „JA“ stimmen sollten, erklärten die illegalen Arbeiterorganisationen: Wir fordern unsere Anhänger auf — trotz Schuschnigg — mit „JA“ für Österreich zu stimmen.

Karl Hans Sailer, vom Zentralkomitee der Revolutionären Sozialisten, wurde beauftragt, in einer Rundfunkrede dieses „JA“ politisch zu begründen. Galt es doch, den vielen Menschen, die das austrofaschistische Regime verabscheuten, zu erklären, daß es jetzt darauf ankomme, der Weltöffentlichkeit klarzumachen, daß die Mehrheit der Österreicher nicht zu Nazideutschland will.

Bevor Karl Hans Sailer diese Rede halten konnte, hatte Hitler von Schuschnigg die Absetzung der Volksabstimmung verlangt. Schuschnigg beugte sich auch dieser Erpressung. In Wien und anderen österreichischen Städten kam es noch zu Antinazikundgebungen, an denen Sozialisten, Kommunisten, Gewerkschafter, aber auch Angehörige christlicher Organisationen teilnahmen. Eine klassenübergreifende Bewegung des österreichischen Patriotismus schien zu entstehen. Aber es war zu spät.

### **Es gab keinen Anschluß!**

In der Regierung hatte Seyß-Inquart, der später zum Henker des holländischen Volkes werden sollte, das Sagen. Unter seinem Schutz konnten sich die Nazis legal formieren, Bekennnisse zu Hitlerdeutschland ablegen, das Hakenkreuz offen tragen, die Parole „Juda verrecke!“ lautstark verkünden. Die Polizei verhielt sich passiv, der Zerfall des Ständestaates hatte begonnen.

Aber auch damit war Hitler nicht zufrieden: Er befahl den Truppen der

Wehrmacht und der Waffen-SS, die österreichische Grenze zu überschreiten. Österreich wurde besetzt, annektiert, von der europäischen Landkarte gelöscht. Was damals geschah, hatte mit einem Anschluß nicht das Geringste zu tun. Es handelte sich um einen brutalen, das Völkerrecht verletzenden Gewaltakt Hitlerdeutschlands gegen Österreich.

Wer heute noch immer von einem Anschluß spricht, wiederholt, bewußt oder unbewußt, eine Lüge der Nazipropaganda. Die historische Wahrheit kann nicht oft genug wiederholt werden:

Österreich hat sich niemals an Deutschland „angeschlossen“. Es wurde gewaltsam seiner Souveränität beraubt, von den Okkupanten zur „Ostmark“ degradiert. Völlig zu Recht wird es daher als das erste Opfer der imperialistischen Expansion Hitlerdeutschlands in Europa bezeichnet.

Aber warum hat Hitler am 12. März 1938 die militärische Besetzung befohlen? Wäre es nicht klüger gewesen, die Komödie eines friedlichen Anschlusses von der Regierung Seyß-Inquart inszenieren zu lassen? Dafür gibt es nur eine Erklärung:

Hitler fürchtete, daß sich bei der Volksabstimmung die Mehrheit für die

Aus der Broschüre „Vom Austrofaschismus zur Nazibarbarei — Aus der Vergangenheit für die Zukunft lernen“ von Josef Hindels. Erhältlich zum Preis von 60 Schilling in der Buchhandlung SPÖ-Information, Wien 1, Löwelstraße 18.

Unabhängigkeit Österreichs aussprechen wird. Und er hatte Angst vor großen Massenbewegungen gegen die Nazis, die in Ansätzen bereits vorhanden waren und unter Führung der Arbeiterorganisationen standen.

Weil er dieses Risiko nicht eingehen wollte, ließ er das Land vor der Volksabstimmung, die dann von den Nazis im April 1938 veranstaltet wurde, militärisch besetzen. Kam doch mit den Besatzungstruppen auch Geheime Staatspolizei (Gestapo) ins Land, die den braunen Terror organisierte.

Schuschniggs Kapitulation vor dem nazideutschen Aggressor war ein Akt der Würdelosigkeit. Der Kanzler des

Ständestaates begründete seinen Befehl an das Bundesheer, keinen Widerstand zu leisten vor allem damit, daß kein „deutsches Blut“ fließen dürfe. Damit vollzog er auch eine ideologische Kapitulation. Er bediente sich in seiner letzten Rede an das österreichische Volk der Sprache des braunen Rassismus, er kapitulierte vor dem Blutmythos der Nazis. Konnte ein österreichischer Kanzler tiefer sinken?

War Schuschniggs Kapitulation, abgesehen von ihrer Würdelosigkeit, wegen der militärischen Überlegenheit Hitlerdeutschlands unvermeidlich? Blieb ihm nichts anderes übrig?



**Schuschnigg kapituliert vor Hitler und terrorisiert sozialistische Arbeiter! — Kampf den austrofaschistischen Schrittmachern Hitlers! — Revol. Sozialisten**

Streuzettel der Revolutionären Sozialisten vom Februar 1938.

Vieles spricht dafür, daß ein Widerstand im März 1938 möglich gewesen wäre. Das Bundesheer verfügte über einen Plan, der zumindest einen symbolischen Widerstand vorsah, dessen Verwirklichung Schuschnigg aber verhinderte. Dieser Widerstand des Bundesheeres hätte aller Voraussicht nach zu Demonstrationen und Streiks geführt, alle antinazistischen Kräfte des Landes mobilisiert. Und er hätte der Weltöffentlichkeit klargemacht: Die Österreicher wollen nicht zu Hitlerdeutschland, sie sind bereit, für ihre Unabhängigkeit zu kämpfen.

Die kampflose Kapitulation Schuschniggs hat dem internationalen Ansehen Österreichs schweren Schaden zugefügt, sie hat Hitler geholfen, die Lüge zu verbreiten, es habe sich um einen Anschluß des deutschen Österreichs an Großdeutschland gehandelt, der von den Österreichern gewünscht wurde.

Diese Nazilüge ist von Teilen der Weltöffentlichkeit geglaubt worden, und sie spielt auch nach Jahrzehnten eine Rolle, wenn im Ausland über beunruhigende Vorfälle in Österreich (wie bei der Bundespräsidentenwahl 1986) diskutiert wird. Es wird dann behauptet, Österreich habe die Besetzung durch Hitlerdeutschland bejubelt, es gehöre daher nicht zu den Opfern, sondern zu den Tätern. Was ist dazu aus der Sicht österreichischer Antifaschisten zu sagen?

Fortsetzung auf Seite 5



Fortsetzung von Seite 3

unmenschlicher Härte und Grausamkeit geführten Krieges auf dem Balkan berücksichtigt werden, zumal es sich dabei um einen Volkskrieg gegen die fremden Invasoren und deren Kollaborateure handelte. Zu bedenken ist jedoch, daß die deutschen Okkupanten den besonderen Charakter dieses Krieges mitverursacht hatten, wozu auch die Ausnützung der bestehenden ethnischen und politischen Gegensätze auf dem Balkan gehörte. **Die IC/AO-Gruppen der verschiedenen Stäbe waren hier besonders intensiv tätig.**

Die Kommission sieht ihren Auftrag im Zusammenhang mit Waldheims Darlegungen zu seiner militärischen Vergangenheit. Sie folgt in ihrem Bericht nicht den vielen bekanntgewordenen kritischen Stellungnahmen, sondern beschränkt sich darauf, vom eingesehenen Material auszugehen.

Waldheims Darstellung seiner militärischen Vergangenheit steht in vielen Punkten nicht im Einklang mit den Ergebnissen der Kommissionsarbeit. **Er war bemüht, seine militärische Vergangenheit in Vergessenheit geraten zu lassen und, sobald das nicht mehr möglich war, zu verharmlosen. Dieses Vergessen ist nach Auffassung der Kommission so grundsätzlich, daß sie keine klärenden Hinweise für ihre Arbeit von Waldheim erhalten konnte.**

Wien, am 8. Februar 1988, 12 Uhr.

James L. Collins Jr. m. p., Jean Vanwelkenhuyzen m. p., Hagen Fleischer m. p., H. R. Kurz m. p., Gerald Fleming m. p., J. L. Wallach m. p., M. Messerschmidt m. p.

Fortsetzung von Seite 4

### Jubler und Opfer

In aller Welt sind die Bilder bekannt, die den Jubel bei der Besetzung Österreichs durch die Naziwehrmacht zeigen. Am bekanntesten ist das Bild vom Wiener Heldenplatz, wo die Massen Hitler bejubelten, der die Auslöschung Österreichs verkündet. Keines dieser Bilder ist gefälscht.

Es hat diesen Jubel tatsächlich gegeben. Aber die Jubler repräsentierten nicht „das österreichische Volk“, sondern eine, allerdings starke und militante, Minderheit. Es waren die österreichischen Nazis, die ihren Sieg feierten und sich dabei auch auf Mitläufer, deren Zahl nicht gering war, stützen konnten.

Diese Mitläufer bestanden aus Opportunisten vom Typus des „Herrn Karl“, aus verzweifelten Arbeitslosen, die auf einen Arbeitsplatz hofften, aus Verirrten, die der Haß gegen den Austrofaschismus ins braune Lager getrieben hatte.

Es darf nicht übersehen werden, daß Österreich im März 1938 keine Demo-

## Ein sinnvolles Gedenkstück für Freiheitskämpfer

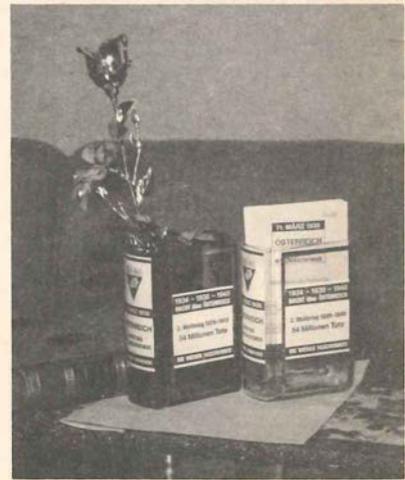
Zur Erinnerung an selbsterlebte schwere Zeiten und zur Mahnung an die Nachwelt brachte unser Bund eine Kristallvase in der Form eines Gedenkbuches heraus. Dem goldverzierten Gedenkstück mit den vielsagenden Titeln „11. März 1938 — Österreich Opfer des Hitlerfaschismus“ und „1934 — 1938 — 1945 — Nacht über Österreich“ wird eine 24seitige Dokumentation mit 15 Kurzbeiträgen, die lesenswert sind, beigelegt.

Bestellungen mögen ehestens an das Sekretariat des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer, Löwelstraße 18, 1014 Wien, gerichtet werden.

Ein Gedenkbuch kostet S 165.— (+ Verpackungs- und Versandkosten von S 35.—).

In der Kleindokumentation kommen Josef Hindels, Bruno Szokoll, Franz Danimann, Karl Hans Sailer, Rosa Jochmann, Hermann Lackner, Theodor Kör-

ner, Franz Jonas, Ernst Koref, Leo Lesjak und Kurt Schmidt zu Wort. Ferner enthält das Mini-Buch den Zeitablauf 1938, die Bilanz der „Zeit ohne Gnade“ und den Wortlaut der Änderung des sozialdemokratischen Parteiprogramms vom Parteitag 1933 betreffend die Streichung des Punktes 4, der den Anschluß an das Deutsche Reich forderte.



kratie war, sondern unter einer vom Volk verachteten Diktatur lebte. Die Nazis mußten nach ihrem Einmarsch keine einzige Arbeiterorganisation auflösen. Diese Schmutzarbeit hatten Dollfuß und Schuschnigg vier Jahre vorher besorgt. Sie konnten es sich sogar leisten, Straßenbahner, Feuerwehrleute und andere Arbeiter des öffentlichen Dienstes, die im Februar 1934 von den Austrofaschisten entlassen worden waren, wieder einzustellen.

Aber neben den Jublern gab es auch ein anderes, ein verfolgtes Österreich. Dazu gehörten Sozialisten, Kommunisten, Gewerkschafter, Konservative und Christen, die wegen ihrer antinazistischen Gesinnung verhaftet wurden und mit den ersten Transporten in die Konzentrationslager kamen.

Es ist kein Zufall, daß sich im ersten dieser Transporte Friedrich Hillegeist befand, der auf der Floridsdorfer Betriebsrätekonferenz das Hauptreferat gehalten und zum Widerstand gegen Hitlerdeutschland aufgerufen hatte. Es gab eine teuflische Doppelstrategie der Nazis gegenüber der Arbeiterbe-

wegung: Während um die Gunst ehemaliger Sozialdemokraten, Freigewerkschafter und Schutzbündler gebuhlt wurde, kamen Funktionäre, die sich offen gegen den braunen Faschismus exponiert hatten, nach der Verhaftung durch die Gestapo ins Konzentrationslager.

Zu den Verfolgten gehörten auch die Angehörigen slawischer Minderheiten, vor allem Wiener Tschechen und Kärntner Slowenen. Sie wurden diskriminiert, ihre Schulen geschlossen, die Kultur- und Sportorganisationen verboten.

Der Gebrauch der slawischen Muttersprache konnte zur Einlieferung ins Konzentrationslager führen. Später wurden Angehörige dieser Minderheiten deportiert, wobei viele den Tod fanden. Jene, die sich der Deportation entziehen konnten, haben — was vor allem für die Slowenen zutrifft — im Krieg als Partisanen einen wesentlichen Beitrag zur Befreiung Österreichs von der nazideutschen Gewaltherrschaft geleistet. Fielen sie vor der Befreiung in die Hände der Nazis, bedeutete dies den sicheren Tod.

# Die Konferenz im Floridsdorfer Arbeiterheim

**Nach einer Aussprache des aus Vertrauensleuten von 14 der größeren Betriebe Wiens bestehenden Arbeiterkomitees mit Bundeskanzler Schuschnigg am 3. März 1938 kam es am 7. März 1938 zu einer halblegalen Vertrauensmännerkonferenz im Arbeiterheim Floridsdorf, die von Schuschnigg zwecks Information der Vertrauensmänner zugestanden worden war. In seinen Erinnerungen „Mein Leben im Wandel der Zeiten“ schildert Friedrich Hillegeist diese Konferenz, bei der, nach seinen Worten, keine positiven Ergebnisse vorgelegt werden konnten, „außer der einen Tatsache, daß wir das erste Mal nach vier Jahren öffentlich und ohne Polizeiaufsicht zusammenkommen, uns als Genossen begrüßen und frei diskutieren konnten.“ Im folgenden ein Auszug aus den Erinnerungen von Friedrich Hillegeist:**

Was war das für eine Begeisterung, als, nach meiner Erinnerung, Karl Mantler, der illegale Obmann der Bundesleitung der Freien Gewerkschaften während der ganzen Schuschnigg-Ära, eine Versammlung von 350 bis 400 Teilnehmern mit „Genossinnen und Genossen“ begrüßen konnte!

Nach dem Sturm der Begeisterung über die Begrüßung und einer Trauermminute für die Opfer des Februar 1934 konnte ich meinen Bericht über die von uns geführten Verhandlungen mit Schuschnigg erstatten und abschließend drei theoretische Alternativen zur Diskussion stellen:

1. Vorbehaltlose Unterstützung der Regierung in dem Kampf gegen die Nazis durch uns.

2. Abseitsstehen der Arbeiterschaft mit der Motivierung, daß es eine Auseinandersetzung zwischen zwei mehr oder minder faschistischen Regimes sei, die uns nichts angehe.

3. Fortsetzung unserer Bemühungen um Gewährung eines Mindestmaßes an freien Betätigungsmöglichkeiten und Mitbestimmung in den Gewerkschaften, weil wir nur mit Arbeitern, die sich selbst frei fühlen, imstande sein werden, die Freiheit Österreichs gegen die Nazis erfolgreich zu verteidigen.

In der stundenlangen Debatte, in die neben Mantler von der Bundesleitung auch führende Funktionäre der RS und der KP eingriffen, traten die Kommunisten aus der früheren Wiederaufbaukommission offen für die Alternative eins ein, weil sie meinten, Verhandlungen bedeuten nur Zeitverlust, und es komme nicht so sehr darauf an, jetzt schon fixe Zusagen zu erhalten, weil sich im Zuge der Entwicklung das Kräfteverhältnis ohnehin zu unseren Gunsten verschieben müßte und den Vaterländischen dann einfach nichts anderes übrigbleiben würde.

Für die Alternative zwei hatte in der

Versammlung, wenn ich mich recht erinnere, niemand gesprochen; aber die Auffassung, daß „den Schwarzen“, die uns vor vier Jahren niedergeworfen und seither unterdrückt haben, eigentlich recht geschehe, wenn jetzt sie drankommen, oder die Meinung, die Nazis seien ohnehin nicht zu verhindern, und überdies könne es uns unter ihnen keinesfalls schlechter gehen als jetzt, war unter den früheren Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei leider sehr stark vertreten.

Dieser Mentalität traten nicht nur die illegalen Organisationen in Österreich selbst, sondern vor allem auch die „Kleine Arbeiterzeitung“ aus Brünn entgegen, die gerade in dieser Zeit in einem „Arbeiterrecht unter der Nazi-diktatur“ überschriebenen Artikel vor der Illusion warnte, die Arbeiter hätten nichts mehr zu verlieren.

Die meisten der Redner, darunter sehr viele RS-Funktionäre, plädierten für die dritte Alternative, für die sich auch Mantler und ich selbst im Schlußwort ausgesprochen haben. Es wurde

schließlich das Verhandlungskomitee bestätigt und beschlossen, Schuschnigg in diesem Sinne zu informieren und die Verhandlungen über die einzelnen Forderungspunkte zu forcieren.

Es wurde in diesem Zusammenhang vor allem im kleinen Kreis auch sehr ernsthaft die Möglichkeit eines Naziputsches oder eines Einmarsches Hitlers erörtert. Man war sich klar, daß in letzterem Falle Österreich ohne fremde Hilfe nicht imstande sein werde, sich erfolgreich zu wehren. Aber dennoch gab es eine einheitliche Meinung darüber, daß man Widerstand leisten müsse. Von seiten der illegalen Freien Gewerkschafter sollte in einem solchen Fall die Generalstreikparole ausgegeben werden. Die Konferenz ging in Hochstimmung auseinander.

Jeder fühlte, daß Schuschnigg allein zu schwach war, um sich gegen die Nazis dauernd zu behaupten.

Man brauchte uns und man würde uns schließlich auch jene Zugeständnisse machen müssen, die wir als Rechtfertigung für ein Zusammengehen mit der Regierung Schuschnigg unbedingt brauchten.

## Hektische Aktivität gegen die Nazis

Die Illegalen sowie die Arbeiter in den Betrieben entwickelten nun, ohne zunächst weitere Zugeständnisse der Regierung abzuwarten, sofort nach dem 7. März eine geradezu hektische Aktivität gegen die Nazis.

Es wurden örtliche und Branchenkongressen im ganzen Bundesgebiet einberufen und über Erwarten gut be-

*Fortsetzung auf Seite 7*



Die Konferenz im Floridsdorfer Arbeiterheim am 7. März 1938



### Fortsetzung von Seite 6

schickt, um die Betriebsarbeiter und -angestellten über die neue Situation zu informieren und die Rückkehr zu

## Arbeiter! Genossen!

Die von Schuschnigg diktierte Form der Volksabstimmung stellt euch vor die Wahl, entweder mit einem „Ja“ zu stimmen oder dem Hitlerfaschismus zur Macht zu verhelfen. Ein Sieg Hitlers ist nicht nur blutige Unterdrückung und grenzenlose Ausbeutung der österreichischen Arbeiter, sondern bedeutet auch eine Niederlage der Arbeiter in der ganzen Welt und eine Festigung der unmenschlichen Diktatur, die der Nationalfaschismus über die deutschen Arbeiter aufgerichtet hat.

Die österreichische Arbeiterschaft darf daher am Sonntag nicht mit „Nein“ stimmen, weil sie dadurch den Hitlerfaschismus begünstigt. Sie kann an diesem Tag dem autoritären Regime nicht heimzahlen, was dieses an der Arbeiterklasse Österreichs im Februar 1934 und seither verbrochen hat; sie würde sich damit in ein noch größeres Verderben stürzen.

Der 13. März ist nicht der Tag der Abrechnung der Arbeiter mit den Austrofaschisten,

der 13. März ist für sie nur ein Tag der Bekundung ihrer fanatischen Feindschaft gegen den Hitlerfaschismus.

Darum muß die Arbeiterschaft am Sonntag, dem 13. März, mit „Ja“ stimmen.

Die Ja-Stimme des österreichischen Arbeiters, der keine andere Wahl hat, ist keine Stimme für das autoritäre Regime und Schuschnigg, sondern sie ist eine Stimme gegen Hitler und die Gleichschaltung.

Der Februarkampf und das opfervolle Ringen in den vier Jahren der Illegalität haben der Welt gezeigt, wie die Arbeiterschaft zu diesem Regime steht. Daran wird sich durch die Abstimmung am Sonntag nichts ändern — auch nicht durch die paar Zugeständnisse, die das Regime den Arbeitern in seiner heutigen Bedrängnis machen muß.

Die Abstimmung wird das Schicksal Österreichs nicht entscheiden. Schuschnigg kann sie mit Hilfe der Arbeiter gewinnen, aber Österreich ist dennoch verloren, wenn die Arbeiterklasse ihren Kampf um die volle politische und gewerkschaftliche Freiheit nicht mit verstärkter Wucht fortsetzt. Nicht ein Abstimmungsschwindel, nicht die am Sonntag abgegebenen Stimmzettel, sondern nur ein radikaler, freier Vernichtungskampf gegen den Nationalfaschismus kann die Unabhängigkeit Österreichs retten.

Darum Schluß mit der autoritären Katastrophenpolitik!

Nieder mit dem Hitlerfaschismus!

Freiheit!

Aufruf der Revolutionären Sozialisten vom 10. März 1938.

demokratischen Formen der Gewerkschaftsbewegung vorzubereiten.

Ohne Zeitungen, ohne Radio, ohne

jedwede legale Verständigungsmöglichkeit konnten solche Konferenzen bei kürzester Einberufungsfrist am 8., 9. und 10. März stattfinden und lösten eine allgemeine Bewegung in Wien und in den roten Industriestädten aus. Die Menschen wagten es bereits, mit roten Nelken oder Dreipfeileabzeichen geschmückt auf die Straße zu gehen, es bildeten sich spontane Demonstrationen gegen die Nazis, gegen Hitler. Allerdings war das Bild nicht einheitlich; in den Nazihochburgen der Bundesländer beherrschten die Nazis die Straßen.

Schuschnigg hatte am Mittwoch, dem 9. März 1938, eine Volksabstimmung für Sonntag, den 13. März, vor den Amtswaltern der VF in Innsbruck angekündigt. Die Nazis haben offenbar schon vorzeitig davon erfahren und an Hitler berichtet. Es setzte von dieser Seite bereits eine Gegenaktion ein, bevor wir als mögliche Bundesgenossen Schuschniggs überhaupt eine Ahnung von dieser Absicht hatten.

Die entscheidende Frage ist nun, wie sich die Linke zu dieser Volksabstimmung stellen wird, da leider die Verhandlungen vor allem mit Staud nicht wesentlich weitergekommen waren. Auf dem politischen Sektor dagegen waren wir etwas vorangekommen.

Es gab noch Besprechungen bei Minister Rott, die vor allem von Karl Hans Sailer und mir durchgeführt wurden, mit dem Ziele zu klären, unter welchen konkreten Bedingungen und in welcher Form wir die linksstehenden Arbeitermassen am wirkungsvollsten auffordern könnten, mit „Ja“ für Österreich zu stimmen.

Es kam eine Einigung darüber zustande, daß die „Soziale Arbeitsgemeinschaft“ (SAG) zu einer echten Sammlungsorganisation für die politische Linke ausgebaut und in allen entscheidenden Positionen durch uns besetzt werden sollte. Als Obmann der SAG war Karl Hans Sailer vorgesehen, als Stellvertreter sollte der 1942 von den Nazis hingerichtete ehemalige Vizebürgermeister von St. Pölten, Ferdinand Strasser, in die SAG eintreten.

Alois Köhler, Betriebsobmann von Siemens-Schuckert, Floridsdorf, hatte noch am Donnerstag, dem 10. März, mit Hofrat Weiser Verhandlungen geführt über die Zulassung von Demonstrationen der Linken, die von diesem mit der Begründung abgelehnt wurden, daß auch die Nazis nicht demonstrieren dürften.

Sailer hatte bereits einen Aufruf an die früheren Sozialdemokraten konzipiert, der von den neuen Funktionären der SAG unterzeichnet, gedruckt und in den Betrieben verbreitet werden sollte. Sailer sollte auch eine Rundfunkansprache halten.

Zu all dem ist es nicht mehr gekommen. In diesen letzten zwei Tagen ging es überhaupt drunter und drüber. Die Bundesleitung der Freien Gewerkschafter tagte im Café Meteor im dritten Bezirk, Fasangasse, in Gegenwart von ausländischen Journalisten und befreundeten internationalen Gewerkschaftern in Permanenz.

Ständig kamen und gingen neue Leute; frühere hohe Parteifunktionäre, führende Genossen aus den illegalen RS, daneben Journalisten und sogar vereinzelte Angehörige anderer antinationalsozialistischer Gruppen. Alle waren sich einig, daß es nur ein „Ja“ geben könne bei der Volksabstimmung.

## „... der Hitler bringt den Krieg“

Am Montag, dem 7. März 1938, fand erstmals nach mehr als vier Jahren eine große Betriebsräte- und Vertrauensmännerkonferenz im Floridsdorfer Arbeiterheim statt, in der über die Aussprachen des „Arbeiterkomitees“ unter Führung von Friedrich Hillegeist mit Bundeskanzler Kurt Schuschnigg berichtet wurde.

Da war ich dabei. Wir haben unsere Abzeichen getragen, wir haben uns mit „Freundschaft“ begrüßt, und alles, weil wir glaubten, jetzt ist bald Schluß mit der Illegalität. Unsere Partei würde wiederkommen, in den Gewerkschaften würden freie Wahlen stattfinden, wir würden wieder unsere Zeitung haben. Aus dem Kreis um Schuschnigg waren ja einige Leute bereit gewesen, mit uns gemeinsam gegen die Nazis vorzugehen.

Wann und wo trafst du Otto Bauer das letzte Mal, und wie beurteilte er die politische Lage Österreichs.

Zwei Tage, bevor die Nazis einmarschiert sind, bin ich mit einem falschen Paß nach Prag gefahren und habe mit Otto Bauer einen wunderbaren, unvergeßlichen Tag verbracht. Ich erzählte ihm von der Floridsdorfer Konferenz und daß alle meinten, daß jetzt die Partei wieder sein wird, und da hat Otto Bauer traurig gesagt: „Nein, Genossin Jochmann, jetzt marschiert der Hitler ein. Und der Hitler bringt den Krieg!“

(Aus: Maria Sporrer, Herbert Steiner, Herausgeber: Rosa Jochmann, Zeitzugin, Wien 1983.)

Wohl warteten wir noch immer auf eine letzte Aussprache mit Schuschnigg, da Staud sich noch immer nicht entschlossen hatte, freie Wahlen im Gewerkschaftsbund zuzugestehen, aber das konnte jetzt unsere Bereitschaft, für Österreich zu stimmen, nicht mehr beeinträchtigen. Jetzt hieß es zunächst, die Abstimmung zu gewinnen, und dann würde sich das Mögliche sozusagen von selbst ergeben. Das wichtigste war, Österreich als selbständigen Staat zu erhalten.

Freilich gab es auch andere Stimmen, die darauf hinwiesen, daß erst

Fortsetzung auf Seite 8

## „Der Hitler ist da“

Es waren entsetzliche Tage. Ich bin in der Früh aufgewacht und hab mir gedacht, der Hitler ist da. Und am Abend bin ich schlafen gegangen und hab mir das gleiche gedacht: Der Hitler ist da. Für uns Sozialdemokraten war das furchtbar. Ich kann den Zustand, in dem ich war, nicht beschreiben. Der Schuschnigg hat damals im Radio verlautbart, es soll kein Blut vergossen werden. Wir waren ja entsetzt darüber, daß kein Widerstand geleistet werden soll.

Von den Verfolgungen Andersdenkender in Deutschland haben wir schon gewußt, aber wie es wirklich war, haben wir nicht gewußt. Die SA ist bei den jüdischen Geschäften gestanden und hat niemanden hineingelassen. Ich hab glaubt, ich kann die Welt aus den Angeln heben, und bin partout in ein jüdisches Geschäft gängen, wollt mir Schuhe kaufen. Na, ich habs notwendig gehabt, daß ich mit der SA zum Streiten anfang. Der hat gesagt, das ist verboten, da darf niemand einkaufen. Und die Geschäftsfrau — nie werd ich ihren Blick vergessen — hat gesagt, bitte, gehn Sie, bitte, bitte. Die war voller Angst. Na, dann bin ich gängen.

Wir, die schon einmal in Haft und der Polizei bekannt waren, haben dann von der Partei den Auftrag erhalten, vorläufig nichts zu tun, weil das alle anderen gefährdet. Ich war ja schon im 37er Jahr wegen meiner politischen Arbeit verhaftet gewesen. Das haben wir auch befolgt. Wir haben zwar den Kontakt untereinander aufrecht erhalten, das war klar, aber keine direkten Aktionen gesetzt. Trotzdem sind diejenigen, die der Polizei bekannt waren, am 22. August 1939 alle in Schutzhaft genommen worden. Im Schutzhaftbefehl ist gestanden, sie oder er gefährdet den Bestand des Deutschen Reiches.

Ich wurde aber schon vorher, Mitte 38, zur Gestapo vorgeladen. Damals

war ich ganz weg. Was wollen die von mir? Ich hab mich darauf vorbereitet, daß ich nimmermehr zurückkomm. Beim Verhör bin ich draufgekommen, daß ein Wiener Organisationsleiter über mich ausgesagt hat. Den hab ich einmal aufgefordert, wir müssen doch was tun! Meint er, gar nix müssen wir tun, überhaupt nix. Sag ich, ja, aber so viele sind verhaftet worden, die Familien stehen ohne Mittel da, wir müssen sammeln und den Kontakt aufnehmen. Er hat das strikt abgelehnt. Dieses Gespräch hat er dann während seines Verhörs bei der Gestapo angegeben, als Beweis, daß er nicht illegal gearbeitet hat. Das war eigentlich der Grund, warum ich die Vorladung bekommen hab. Dabei hat er selbst aus den Mitteln der Sozialistischen Arbeiterhilfe Geld gekriegt.

Ich hab dem Gestapobeamten auseinandergesetzt, schau Sie, da war zum Beispiel eine Frau, die sich ganz allein erhalten muß. Ihr Sohn ist schon in der Nacht vom 11. auf den 12. März verhaftet worden. Sie bringt sich als Wäscherin durch, und ich hab mir halt gedacht, wir sind als Freunde verpflichtet, ihr etwas zu geben. Sagt er, was habens Ihnen da vorgestellt? Sag ich, ich hätt halt 50 Groschen hergeben. Weißt du, in der Form hab ich mit denen geredet. Sie haben mich noch verschiedenes gefragt. Ich hab gesagt, ich halte mich an den Beschluß des Zentralkomitees, daß wir nichts arbeiten. Daran halte ich mich. Auf jeden Fall haben mir die Knie gezittert, das hab ich aber nicht gezeigt.

Einer der Kriminalbeamten hat zu mir noch gesagt, die Rosa Jochmann haben wir auch vorgeladen. Zu der Zeit damals war die Adelheid Popp sehr krank. Sie ist auf Erholung gewesen, und die Rosa Jochmann und ich haben ihr die Wohnung in Ordnung gebracht, das hat sie nimmer können. An dem

Sieg Hitlers für die österreichischen Arbeiter, ja für die Arbeiter der Welt bedeuten würde, wird gesagt:

„Am kommenden Sonntag manifestieren wir unseren Haß gegen den Hitler-Faschismus. An diesem Tag muß daher die gesamte Arbeiterklasse mit ‚Ja‘ stimmen!“

Die Kommunisten hatten ihre Anhänger schon einige Tage früher zu einem „Ja“ aufgefordert.

Zu dieser Zeit war auch der sogenannte „Mittwoch-Kreis“ alter Sozialdemokraten, bestehend aus Danneberg, Schärf, Helmer, Ferdinanda Flossmann und Weigl, beisammen und hatte sich nach einer längeren Diskussion, vor allem unter dem Einfluß Dannebergs, mit Mehrheit entschlossen,

Tag, wo ich bei der Gestapo war, hab ich der Rosa versprochen gehabt zu helfen, damit wir weiterkommen mit der Arbeit. Naja, sagt der eine Kriminalbeamte, die wird auch hier auf dem Sessel sitzen.

Ich hab drauf halt so die Achseln gezuckt und hab mir dacht, was soll ich jetzt tun? Soll ich warten, bis die sagen, ich kann gehen? Auf einmal bin ich aufgestanden, hab meinen Zettel genommen und bin gegangen. Wie mir das gelungen ist, weiß ich bis heute nicht. Später hat die Rosa vermutet, der eine Polizist hätt eine Sympathie für mich gehabt. Ich habs nicht bemerkt, ganz ehrlich gestanden. Ich bin aufgestanden, hat er noch zu mir gesagt, auf eines mach ich Sie aufmerksam, wenn Sie ein Wort der Rosa Jochmann sagen, daß Sie heute hier beim Verhör waren, dann sitzens in der nächsten Minuten in der Zelle. Sag ich, was soll ich denn für eine Ursach haben, ihr das zu sagen? Na, und dann bin ich gängen. Und was glaubst, wo ich hingängen bin? In die Wohnung der Adelheid Popp, dort war die Rosa Jochmann, der hab ich alle Fragen erzählt, die sie mir gestellt haben. Wie sie dann an dem Abend heimgefahren ist, hat sie im Briefkastl die Vorladung von der Gestapo gefunden.

Am nächsten Tag ist sie auf die Gestapo. Fragt sie der Beamte: Wann haben Sie denn die Muhr zum letzten Mal gesehen? Hat sie gesagt: Gestern am Abend. Dem ist fast der Atem ausblieben. Was, gestern am Abend? Na, dann wissens eh schon alles. Die Rosa hat sich aber so verstellen können. Die hat gefragt: Was soll ich wissen? Sagt er, die war ja gestern hier bei uns. Meine Freundin? Die Fini Muhr? Daß die mir nichts davon erzählt hätt, das glaub ich nicht. So ein Theater hat die Rosa aufgeführt.

(Rudolfine Muhr, in: *Der Himmel ist blau. Kann sein. Frauen im Widerstand Österreichs 1938–1945, Wien 1985*)

### Fortsetzung von Seite 7

völlige Klarheit über das Schicksal unserer Forderungen bestehen müsse, bevor wir die „Ja“-Parole hinausgeben. Die Führungskörperschaften der Linken aber hatten sich bereits entschieden.

Auch das Zentralkomitee der RS hat in der Nacht vom 10. auf den 11. März im Café Meteor einen eindeutigen Aufruf in diesem Sinne beschlossen, dessen Wortlaut noch erhalten geblieben ist, worin es unter anderem heißt:

„Die Volksabstimmung Schuschniggs stellt Euch vor die Entscheidung, entweder mit ‚Ja‘ zu stimmen oder dem Hitler-Faschismus zur Macht zu verhelfen.“

Und nach einer Darstellung, was ein

die „Ja“-Parole der Illegalen zu unterstützen. Die Brüner „Kleine Arbeiterzeitung“ hatte einen im gleichen Sinne gehaltenen Artikel veröffentlicht.

Außer den Nationalsozialisten hatten sich daher alle maßgebenden politischen und gewerkschaftlichen Gruppen, die zu dem Regime durch Jahre in Opposition gestanden waren, durch ihre Vertreter für die Parole Schuschniggs, gegen Hitler, also für ein freies Österreich, entschieden.

Für die Nazis war dadurch der Ausgang der Volksabstimmung — die sie früher selbst oft genug verlangt hatten — völlig ungewiß geworden. Sie haben sie daher auch mit allen Mitteln verhindert, vor allem mit dem Mittel der militärischen Besetzung des Landes.

## Der NS-Terrorapparat im Jahre 1938

**Im März 1938 konnte der nationalsozialistische Staat bereits auf eine mehr als fünfjährige Erfahrung in der Unterdrückung der Bevölkerung und in der Verfolgung von Gegnern und Feindgruppen zurückblicken; längst hatten die Behörden des Deutschen Reiches auch alle Vorbereitungen getroffen, um die totalitäre Diktatur, deren Hauptbestandteil der Terror ist, ebenfalls in Österreich sofort aufzurichten. Im SD-Hauptamt war eine Denkschrift entstanden, die im einzelnen festlegte, wie in Österreich das Sicherheitswesen aufzubauen sei.**

Als besonders verhängnisvoll erwiesen sich die Vereinbarungen von Berchtesgaden vom Februar 1938, in denen Schuschnigg unter den Drohungen Hitlers unter anderem das Sicherheitsressort an die Nazis auslieferte. Am 16. Februar 1938 wurde der Wiener Rechtsanwalt Arthur Seyß-Inquart — nach eigenen Worten „ein Werkzeug des Führers“ — zum Innen- und Sicherheitsminister bestellt. Nicht zuletzt dadurch fielen den Nazis beim „Anschluß“ sämtliche polizeilichen und gerichtlichen Unterlagen des Schuschnigg-Regimes in die Hände, was die Verfolgungsmaßnahmen bedeutend erleichterte. Es liegt auch eine Reihe von Dokumenten vor, aus denen hervorgeht, daß das Geheime Staatspolizeiamt (Gestapa) in Berlin schon vor dem 11. März 1938 von staatspolizeilichen Maßnahmen in Österreich in Kenntnis gesetzt wurde.

Mit der Deutschen Wehrmacht, zum Teil sogar schon vorher, kamen die deutsche Polizei und die SS nach Österreich. Heinrich Himmler, als Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Inneren der Hauptverantwortliche für den NS-Terror, landete mit einem Stab ausgewählter SD- und Gestapo-beamter schon vor Tagesanbruch des 12. März 1938 auf dem Flugplatz Aspern. Später, 1943, brüstete Himmler sich damit, für den Einsatz in Österreich 20.000 Mann mobile Polizei eingesetzt zu haben. Himmler entließ sofort den Staatssekretär für das Sicherheitswesen, Michael Skubl, und ernannte zu dessen Nachfolger den Rechtsanwalt Ernst Kaltenbrunner, den Führer der österreichischen SS, dem er die Polizei unterstellte. Noch am selben Tag erschien Reinhard Heydrich, der Chef des Sicherheitsdienstes (SD) der SS und der Sicherheitspolizei, bei Kaltenbrunner in Wien; Heydrich beschlagnahmte das Hotel Metropol als Hauptquartier für die SS und den SD.

Der Feldzug des Terrors, der nun im Auftrag Himmlers und Heydrichs in Österreich begann, übertraf alles, was bis dahin in Deutschland geschehen war. Es ist für totalitäre Regime aber charakteristisch, daß sie ihren Terror mit dem Mantel der Legitimität verhüllen wollen. So hatte Reichsinnenmini-

ster Frick schon am 18. März 1938 in der zweiten Verordnung zum Wiedervereinigungsgesetz Himmler einen legitistischen Freibrief ausgestellt; im Paragraph 1 hieß es:

*„Der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Inneren kann die zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung notwendigen Maßnahmen auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen treffen.“*

Der ersten großen Verhaftungswelle im März und April 1938 fielen vor allem Funktionäre des untergegangenen „vaterländischen“ Regimes, Kommunisten, Sozialisten und bekannte Antinazis sowie Juden zum Opfer. Die Zahlenangaben schwanken zwischen 50.000 und 76.000. Dem Tagesrapport der Gestapo Wien vom 10. bis 12. Dezember 1938 ist zu entnehmen, daß allein von dieser Stapoleitstelle „insgesamt 20.973 Schutzhäftlinge behandelt wurden“. Die pogromartigen Ausschreitungen richteten sich besonders gegen die jüdische Bevölkerung.



*Österreichisches Komitee des KZ Dachau. 1. Reihe von links: Hermann Lackner, Bruck an der Mur (SP), Dr. Alfons Gorbach, Graz (VP), Landesrat Tschofenig, Kärnten (KP). 2. Reihe von links: Karl Horak, Wien (KP), Sebastian Wrulisch, Thörl (SP), Alfons Kothbauer, Vorarlberg (VP), Heinrich Fritz, Wien (KP).*

### Die NSDAP und ihre Gliederungen

Der NS-Terror in Österreich darf nicht allein als Produkt deutsch-faschistischer Fremdherrschaft gesehen werden. Der Nationalsozialismus in Österreich war auch ein bodenständiger Faschismus, und österreichische Nationalsozialisten — von Hitler abwärts — waren führend an den Verbrechen des NS-Regimes beteiligt. Die reichsdeutschen Sicherheitsorgane konnten sich in ihrer Tätigkeit von Anfang an auf die österreichischen Nationalsozialisten stützen, die schon aus eigenem Antrieb während des „Umsturzes“ am 11. März 1938 mit der Festnahme von bekannten Nazigegegnern begonnen hatten. Am bekanntesten war die Aktion des österreichischen SS-Führers Otto Skorzeny, der in der Nacht vom 11. zum 12. März 1938 Bundespräsident Miklas in dessen Villa konfinierte.

Die pogromartigen Ausschreitungen gegen die Juden waren vor allem das Werk einheimischer Nazis, welche die Juden schikanierten und mißhandelten, Geschäfte und Wohnungen ausraubten und in jeder erdenklichen Weise ihren Triumph auskosteten. Das Treiben der Nazis nahm solche Ausmaße an, daß Gauleiter Bürckel, der das Judenvermögen für den Staat sichern wollte, einen Riegel vorschob und die Ablieferung aller beschlagnahmten Vermögenswerte verlangte. Auch Bürckels Erlaß über die Bestellung kommissarischer Verwalter, auf Grund dessen alle und bewährte Parteimitglieder mit der Führung jüdischer Geschäfte beauftragt wurden, wurde in einem solchen Maß zu persönlicher Bereicherung mißbraucht, daß dem am 26. April 1938 durch die Verordnung über die Anmeldung des jüdischen Vermögens über 5000 Reichsmark Einhalt geboten wurde.

Die Reichskristallnacht am 9./10. November 1938 gab dem NS-Mob nochmals Gelegenheit, sich an den Juden auszutoben. Dieser größte nationalsozialistische Pogrom — von Reichspropagandaminister Goebbels initiiert — wurde in erster Linie von NSDAP- und SA-Mitgliedern durchgeführt; Gestapo-, SD- und SS-Stellen schlossen sich erst später an. Im Zuge der als Ausdruck spontanen Volkszorns hingestellten Aktion wurden nahezu sämtliche jüdischen Gotteshäuser zerstört, unzählige Juden mißhandelt und ausgeplündert; allein in Wien wurden 6547 Juden festgenommen und 3700 davon in das KZ Dachau gebracht. Die Schließung aller 4038 jüdischen Geschäfte Wiens wurde verfügt.

Fortsetzung auf Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

Die im Ausland hervorgerufene Empörung und die geringe Begeisterung der Bevölkerung sowie der enorme wirtschaftliche Schaden ließen jedoch die NS-Führung von den „Novemberverhältnissen“ abgehen. Der Terror wurde den zuständigen staatlichen Organen vorbehalten; die Partei und ihre Gliederungen spielten dabei nur mehr eine untergeordnete Rolle, etwa als Denunzianten oder Zuträger für Gestapo und SD sowie als überall im Lande vorhandene Repräsentanten des Regimes.

### Die Organisation des Polizeiapparates

Mit der „Wiedervereinigung“ Österreichs mit dem Deutschen Reich war — der NS-Rechtsauffassung zufolge — die Polizeihochheit des Bundes und der Bundesländer auf das Reich übergegangen. Die österreichische Polizei unterstand nun unmittelbar dem Reichsführer SS und wurde sofort in das deutsche Organisationsschema übergeführt. Der mit der Bearbeitung aller Polizeisachen beauftragte Staatssekretär für das Sicherheitswesen und Höhere SS- und Polizeiführer Kaltenbrunner bildete eine Abteilung Ordnungspolizei (uniformierte Polizei: Schutzpolizei, Gendarmerie, Gemeindevollzugspolizei) und eine Abteilung Sicherheitspolizei (Geheime Staatspolizei und Kriminalpolizei) mit je einem Inspekteur an der Spitze. Nach dem Fortfall von Kaltenbrunners Stellung im August 1939 nahmen je ein Höherer SS- und Polizeiführer in den beiden „ostmärkischen“ Wehrkreisen XVII (Wien) und XVIII (Salzburg) Kaltenbrunners Funktion wahr. In diesem Zusammenhang interessiert vor allem die Sicherheitspolizei, die mit dem SD verbunden war, während die Ordnungspolizei lediglich Hilfsfunktionen für Gestapo und Kripo ausübte.

### Die Geheime Staatspolizei

Die Geheime Staatspolizei (Gestapo) war zweifellos das wichtigste Instrument des NS-Terrors in Österreich. In der schon erwähnten Denkschrift des SD-Hauptamtes war der Aufbau der Gestapo in Österreich genau vorbereitet worden. Für die geplanten Gestapodienststellen in Österreich wurde ein erster Personalbedarf von 2059 Mann errechnet; dafür sollten nur „einwandfreie Nationalsozialisten in Frage kommen“.

Bereits einer der ersten Erlässe Himmlers, am 18. März 1938, betraf die Organisation der Gestapo in Österreich. Es wurden eine Staatspolizeistelle Wien sowie Staatspolizeistellen in Linz, Salzburg, Klagenfurt, Innsbruck und Eisenstadt errichtet, welche die gesamten politisch-polizeilichen Aufga-

ben der bisherigen Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit und der Polizeidirektion beziehungsweise -kommissariate übernahmen und für die jeweiligen Bundesländer zuständig waren. 1939 wurde eine Anpassung an die neue Reichsgaueinteilung vorgenommen, wobei die Stapostelle Eisenstadt zwischen Wien und Graz aufgeteilt wurde.

Die Stapoleitstelle Wien war den anderen Stapostellen insofern übergeordnet, als sie Weisungen erteilen und Berichte anfordern konnten. Alle Stapostellen unterstanden unmittelbar dem Chef der Sicherheitspolizei und des SD beziehungsweise dem diesem unterstehenden Geheimen Staatspolizeiamt (Gestapa), später dem Reichssicherheitshauptamt (RSHA), doch konnte auch der jeweilige Höhere SS- und Polizeiführer Weisungen geben. Den Stapostellen wurde das Recht eingeräumt, sich der Kreis- und Ortspolizeibehörde als Hilfsorgane zu bedienen. Wie wichtig die Stellung der Gestapo war, geht zum Beispiel aus

einem Erlaß der Landeshauptmannschaft Niederdonau vom 15. September 1939 hervor, in dem alle Abteilungsleiter angewiesen wurden, alle Geschäftsstücke, die staatspolizeilich und politisch wichtige Angelegenheiten behandeln, dem politischen Referenten der Gestapo Wien, Reg.-Rat SS-Obersturmbannführer Dr. Pifradner, zur Kenntnis, Stellungnahme oder Gegenzeichnung zuzusenden.

Ihren Sitz hatte die Stapoleitstelle Wien im ehemaligen Hotel Metropol in Wien 1, Morzinplatz 4, an dessen Stelle heute der Leopold-Figl-Hof mit der Gedenkstätte für die Opfer des österreichischen Freiheitskampfes steht.

Personell wurden die Spitzenpositionen der Gestapo Wien mit reichsdeutschen Beamten besetzt, zu denen illegale österreichische Nationalsozialisten sowie anpassungsfähige Polizeibeamte des Schuschnigg-Regimes hinzukamen.

Aus: Wolfgang Neugebauer, *Der Aufbau des NS-Terrorapparates im Jahre 1938*, in: *Wien 1938, Band 2 der Forschungen und Beiträge zur Wiener Stadtgeschichte*, Wien 1978.)

## „Jetzt heißt es Koffer packen . . .“

Die letzte illegale Zusammenkunft der führenden Revolutionären Sozialisten fand am 10. März 1938 in der Kellerwohnung des Genossen Josef Strabl statt. Strabl war Arbeitersportler und Schutzbündler und arbeitete in der Organisation „Jugend am Werk“, wo arbeitslose Jugendliche betreut wurden.

Wir vereinbarten, daß wir bei der am 9. März von Schuschnigg in Innsbruck für den 13. März angekündigten Volksabstimmung mit „Ja“ stimmen würden, also für ein selbständiges Österreich und gegen den Anschluß an Deutschland. Zu dieser Abstimmung ist es ja nicht mehr gekommen, denn die Nazis marschierten schon am 12. März in Österreich ein.

Rosa, bei dieser letzten illegalen Konferenz wurde der Text des Flugblattes festgelegt, das die österreichische Arbeiterschaft zur Abgabe der „Ja“-Stimme am 13. März aufforderte.

Joseph Buttinger brachte den Textvorschlag schon mit. Frau Strabl saß im Vorzimmer bei der Türe, um ungebetene Besucher aufzuhalten, ich habe in der Küche für die Genossen einen Imbiß zubereitet. Buttinger war, wie oft, sehr pessimistisch. Er mißtraute Schuschnigg und meinte, er brauchte jetzt die Hilfe der Arbeiterschaft, um später doch ein für uns schlechtes Geschäft mit Hitler abzuschließen. Der

Flugblatt-Text wurde auf Pepi Strabls alter Underwood-Schreibmaschine abgetippt. Natürlich kam es nie zur Verbreitung des Flugblattes, denn am nächsten Tag hörten wir im Radio die Schuschnigg-Abschiedsrede. An diesem 10. März bei Pepi Strabl sagte uns Buttinger noch: „Jetzt heißt es Koffer packen — bald wird es krachen!“ Es wurde uns allen ein Paß angeboten und jede weitere politische Tätigkeit untersagt. Gegen halb fünf Uhr in der Früh trennten wir uns.

Bruno Kreisky schrieb am 6. Oktober 1938 aus seinem schwedischen Exil an Joseph Buttinger: „Mit Rosl J. habe ich einige Male gesprochen, sie lehnt für sich und Franz (Rauscher) im Augenblick die Emigration ab, ebenso Roman (Felleis). Sie meinen, gerade jetzt im Lande bleiben zu müssen.“

Rosa, du erzieltest bei eurer illegalen Konferenz einen Paß für die Flucht angeboten. Warum bist du wirklich nicht geflohen?

Viele meiner Freunde haben Österreich nicht verlassen. Wir waren davon überzeugt, daß wir in der Heimat noch wichtige Aufgaben zu erfüllen hatten. Bei den jüdischen Genossen war ich jedoch unbedingt für eine Ausreise, da ihr Leben durch Hitlers wahnsinnige Rassenpolitik auf jeden Fall gefährdet war.

(Aus: Maria Sporrer, Herbert Steiner, Hrsg., *Rosa Jochmann — Zeitzeugin*, Wien 1983)

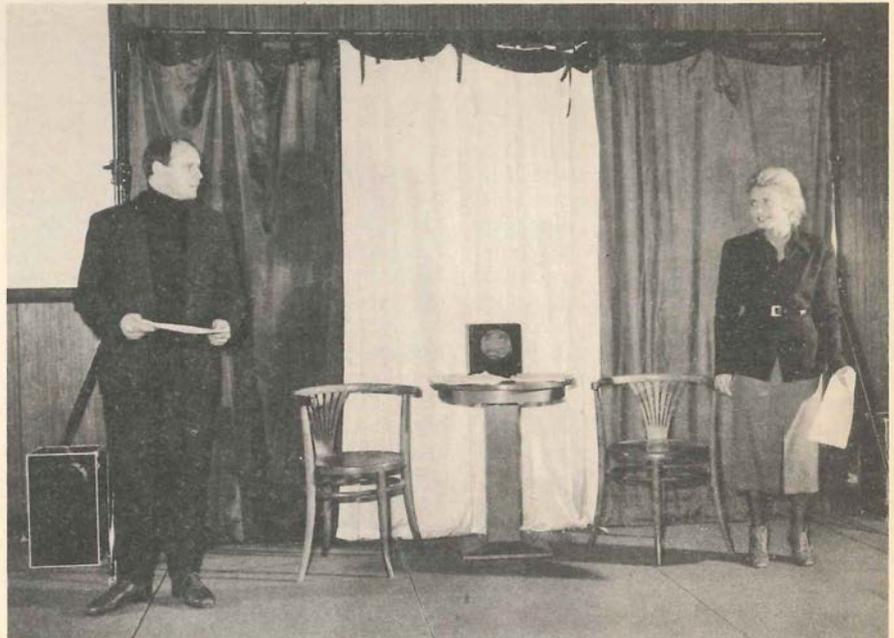


Das Gedenken an die Ereignisse im März 1938 muß mit einer tiefgreifenden Aufarbeitung des Themas verbunden sein. Denn gerade die Entwicklungen in der letzten Zeit haben gezeigt, daß vieles jahrelang nur unterdrückt wurde und man heute glaubt, wieder offen darüber reden zu können, wie etwa die „Ausländer-raus-Parolen“ eines Haider, erklärte der Wiener Stadtrat Günther Sallaberger am 25. Jänner 1988 bei einer Konferenz von SPÖ-Bildungsfunktionären in Wien. Viele der Menschen, die diese Zeit miterlebt haben, verdrängen sie einfach und wenn sich das noch mit Gedächtnislücken paart, kann man zum höchsten Amt im Staat aufsteigen — das zeigt, wie dringlich eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit notwendig ist, sagte Genosse Sallaberger.

Es gilt, die Ausländer in Österreich zu integrieren, ein entsprechendes Klima dafür zu schaffen und die Menschen damit gegen die Parolen eines Jörg Haider immun zu machen. Die SPÖ wird sich zum Gedenken an die Auslöschung Österreichs dieser schwierigen Aufgabe stellen. „Es werden keine angenehmen Veranstaltungen für die Funktionäre werden.“ Man wird sich nicht in Säle zurückziehen, denn damit erreicht man niemanden, sondern die Funktionäre und Mandatäre der SPÖ werden auf die Straße gehen und sich der Diskussion stellen.

Genosse Sallaberger verwies auch auf ein einzigartiges Angebot, „das außer der SPÖ Wien keine andere Organisation oder Partei anbieten kann“, nämlich eine szenische Collage aus Texten von Bert Brecht, Erich Fried, Theodor Kramer und Jura Soyfer mit Helga David und Wolfgang Böck, die etwa 25 bis 45 Minuten dauert und für

## Gedenken an 1938 mit Aufarbeitung verbinden



Wolfgang Böck und Helga David bei der Aufführung der szenischen Collage „März 1938“ am 25. Jänner 1988 vor Wiener SPÖ-Bildungsfunktionären

Foto: Haslinger

Veranstaltungen zur Verfügung steht. Diese Collage bildete auch das Rahmenprogramm der Konferenz der Wiener SPÖ-Bildungsfunktionäre.

### Nedwed: Ursachen des März 1938 offenlegen

Der Bildungsobmann der Wiener SPÖ, Abgeordneter Ing. Ernst Ned-

wed, unterstrich in seinem Referat die Notwendigkeit einer Offenlegung der Ursachen des März 1938. Es gilt, die Hintergründe des Nationalsozialismus aufzuzeigen, um so die Frage besser zu beantworten — und damit zugleich das Problem lösen zu können —, warum es auch heute noch alte und junge Nazis und „Pflichterfüller“ gibt, sagte Genosse Nedwed.

Gegen „rechtliches und menschliches Empfinden“ ist für Nationalratspräsident Leopold Gratz eine Stellungnahme der Staatsanwaltschaft Linz im Zusammenhang mit der Anzeige gegen den ehemaligen SS-Mann Bartsch, der den Wiener Spanien-Kämpfer Alfred Gottfried Ochshorn im KZ Mauthausen „auf der Flucht“ erschossen hat (siehe auch „Kämpfer“ Nr. 11/12 1987, Seite 6). Der Antrag, die KZ-Verbände als Privatbeteiligte in dem Verfahren anzuerkennen — Verwandte Ochshorns sind nicht bekannt — wurde von dieser Justizbehörde mit der zynischen Bemerkung abgelehnt: „... die von ihnen vertretenen Opferverbände werden weder die Begräbniskosten bezahlt haben, noch kann bei dem sofort eingetretenen Tod Alfred Gottfried Ochshorns ein Schmerzensgeldanspruch überhaupt entstanden sein ...“

Woher weiß die Staatsanwaltschaft

## Klare Stellungnahme von Präsident Gratz

Linz, daß der Tod Ochshorns sofort eingetreten ist? Von den auf der Flucht erschossenen KZ-Häftlingen lebten viele noch Stunden und oft Tage, bevor sie ohne ärztliche Betreuung ihren Verletzungen erlagen. Dafür gibt es noch Zeugen. Ebenso waren es keine Fluchtversuche der Häftlinge, die von den Capos über die Postenkette gedrängt wurden. Es war Mord, für den die Mörder, die SS-Bewachungskommandos, noch belohnt wurden. Die Toten wurden verbrannt, ihre Asche wurde in alle Winde zerstreut. So entstanden keine Begräbniskosten.

Mit Recht hat daher Nationalratspräsident Gratz in seiner Antwort an die KZ-Verbände noch hinzugefügt:

„Es ist mir nicht verständlich, daß — auch bei aller Gegensätzlichkeit von Rechtsmeinungen — eine Ausdrucks-

weise gewählt wird, die die Gefühle nicht nur bei Opfern des Nationalsozialismus, sondern auch die Gefühle aller jener verletzten muß, die diese schreckliche Zeit aus innerster Überzeugung ablehnen.“

Wir danken Nationalratspräsident Leopold Gratz für seine klare Stellungnahme — vielleicht hilft sie, die eigenartige Einstellung mancher Justizbehörden zu ändern.

### Die Mitarbeiter:

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossinnen und Genossen mitgearbeitet:

Robert Blau, Herbert Exenberger, Josef Hindels, Leo Lesjak, Dr. Aurèl Moser, Otto Skritek, Hans Waschek.

## **Ehrengaben im Gedenkjahr 1988 für Widerstandskämpfer und Opfer der politischen Verfolgung**

Als Vorinformation teilen wir mit, daß aus Anlaß des 50. Jahrestages der Okkupation Österreichs über Initiativen des Bundeskanzlers, des Finanz- und des Sozialministers die Bundesregierung beschlossen hat, einmalige Ehrengaben für Widerstandskämpfer und Opfer der politischen Verfolgung zu geben. Hiefür werden 50 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Das Bundesgesetz liegt derzeit zur weiteren Behandlung im Nationalrat.

Grundsätzlich kann man nur eine Ehrengabe erhalten, auch wenn man mehrere Voraussetzungen hiefür erfüllt. Im Falle eines Verzichtes fließt der Betrag dem Hilfsfonds zu, der mit einer Summe von 25 Millionen Schilling geschaffen wird.

Folgende Personenkreise erhalten eine Ehrengabe:

1. Alle Besitzer des Ehrenzeichens für Verdienste um die Befreiung Österreichs erhalten S 5000.—. Sie erhalten vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales eine Anfrage, in welcher Form (per Post oder auf ein Konto) sie übermittelt werden soll.

2. Alle Besitzer einer Amtsbescheinigung, die nach dem Opferfürsorgegesetz Renten beziehen, erhalten S 4000.—, aber nur, wenn sie nicht als Besitzer des Befreiungsehrenzeichens S 5000.— bekommen.

3. Alle Hinterbliebenen, die eine Rente nach dem Opferfürsorgegesetz beziehen, erhalten S 3500.—.

4. Alle Besitzer einer Amtsbescheinigung, die keine Renten beziehen, erhalten gleichfalls S 3500.—.

5. Alle Inhaber eines Opferausweises erhalten S 2500.—.

### **Antrag notwendig**

Da bei den unter 4. und 5. angeführten Personen seit Jahren kein Kontakt mit den Ausstellungsbehörden bestanden hat, fehlen einwandfreie Aufzeichnungen über den allfälligen Tod, Änderung der Wohnanschrift und Änderung des Familiennamens im Falle einer Heirat.

Daher müssen diese Personen die Ehrengabe beantragen. Hiefür wird voraussichtlich ein Formular zur Verfügung gestellt werden, welches bei allen Stellen der Sozialistischen Freiheitskämpfer vorhanden sein wird und wo auch jeder gern die notwendige Beratung und Hilfeleistung erhält.

Diese Ehrengabe ist eine höchst persönliche Leistung und kann im Falle

des Ablebens des Anspruchsberechtigten nicht von Angehörigen übernommen werden.

Hinsichtlich des Hilfsfonds kann derzeit nur mitgeteilt werden, daß dieser zur besonderen Hilfe für hilfsbedürftige Widerstandskämpfer und Opfer der politischen Verfolgung beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales errichtet wird. Zuwendungen aus dem Fonds können über Ansuchen Personen, die die Voraussetzungen für die Anerkennung als Kämpfer, Opfer oder Hinterbliebene nach dem Opferfürsorgegesetz erfüllen, aber weder eine Amtsbescheinigung noch einen Opferausweis besitzen, daher weder die Ehrengabe noch Zuwendungen aus dem Ausgleichstaxfonds erhalten können, be-

kommen, egal ob sie ihren Wohnsitz in Österreich oder in anderen Ländern haben.

Für diesen Personenkreis ist der derzeitige Besitz der österreichischen Staatsbürgerschaft keine Voraussetzung.

Alle Ansuchen oder Eingaben sind stempel- und gebührenfrei. Das gilt auch für Kopien und sonstige Beilagen.

Es ist vorgesehen, daß Anträge für Ehrengaben bis spätestens 31. Dezember 1988 eingebracht werden müssen. Die Mittel, die durch die Ehrengaben nicht aufgebraucht werden, fließen mit Jänner 1989 dem Hilfsfonds zu, so daß Ansuchen an den Hilfsfonds auch später, so lange Geld vorhanden ist, gestellt werden können.

### **Wichtige Neuerung für Pensionsansprüche**

In der 44. ASVG-Novelle, welche am 25. November 1987 vom Nationalrat beschlossen wurde, ist die Möglichkeit der Geltendmachung eines Pensionsanspruches für vom Nationalsozialismus verfolgte Kinder, die emigrieren mußten und vor der Emigration, schon auf Grund ihres jugendlichen Alters, keine Beschäftigung hatten, vorgesehen.

**Diese Anrechnung von Ersatzzeiten ist vom 13. März 1938 bis 31. März 1959 möglich.**

Es ist zu kompliziert, hier alle einzelnen Voraussetzungen zu erklären, und wir können daher nur empfehlen, daß Geschädigte, die glauben, daß diese

Novelle des § 502, Abs. 4 und Abs. 6 des ASVG, für sie in Betracht kommt, bei der zuständigen Pensionsversicherungsanstalt die notwendige Information einholen. Wichtig ist, daß diese Neuregelung nicht nur für künftige Fälle, sondern auch für in der Vergangenheit liegende Versicherungsfälle einschließlich jener, die bereits bescheidmäßig erledigt sind, gilt.

### **In Amstetten gab es ein KZ-Nebenlager**

Nach fast 45 Jahren erinnert sich ein Eisenbahn pensionist daran, daß nach dem schweren Bombenangriff auf Amstetten am 16. März 1945 KZ-Häftlinge die zerstörten Bahnanlagen wochenlang reparieren mußten. Etwa tausend KZler wurden hiefür aus Mauthausen in das Lager II in Allersbach gebracht. Die dortigen Garagen wurden zu einem Nebenlager umfunktioniert und von der SS sowie von Volksturmläutern bewacht. Von diesem Nebenlager mußten die Häftlinge zu Fuß nach Allersdorf und wieder spät abends zurückmarschieren.

Auf das Nebenlager hat nun ein polnischer Universitätsprofessor, Rudolf Stary aus Krakau, hingewiesen. Der einstige Mauthausen-Häftling schickte vor einiger Zeit ein 60 Seiten langes Manuskript mit seinen Erlebnissen an die Gemeinde Amstetten. Dieses Manuskript wird nun ins Deutsche übersetzt und von der Gemeinde Amstetten, sozusagen als Beitrag zum Gedenkjahr 1988, als Information für die Öffentlichkeit, herausgegeben.

### **Das Jahr 1938 aus der Sicht nö. Sozialisten**

Gerade rechtzeitig zu den Gedenktagen im März 1988 erscheint eine Broschüre, die die Ereignisse der dreißiger Jahre im Bundesland Niederösterreich behandelt. Federführend sind Franz Danimann und Hannes Weninger. Die illustrierte Dokumentation unter dem Titel „Niederösterreichs Sozialisten und der März 1938“ kann zum Preis von 20 S von den Bezirksparteiorganisationen oder direkt vom SPÖ-Landespartei sekretariat NÖ, 1010 Wien, Grillparzerstraße 14, bezogen werden.



## Neue politische Bücher

Aus der Geschichte haben wir gelernt, daß es wichtig ist, den Anfängen zu wehren. Dazu gehören Aufmerksamkeit und Information. Darum ist die Dokumentation über Werdegang und Auffassungen des FPÖ-Obmanns Jörg Haider, die Brigitte Galanda unter dem Titel „Ein deutsches Land — Die rechte Orientierung des Jörg Haider“ (Löcker-Verlag, Wien 1987, 140 Seiten, 148 S) vorgelegt hat, so wichtig. Diese Dokumentation gehört zur Pflichtlektüre eines jeden Demokraten und Antifaschisten. Damit es nicht wieder einmal zu spät ist.

\*

In der Reihe „Markierungen — Reisen in den Alltag“ des Böhlau-Verlages hat Wolfgang Lauber das Buch „Wien — Ein Stadtführer durch den Widerstand 1934—1945“ herausgegeben (Wien 1987, 229 Seiten, 280 S). Das Buch regt zum Begehen beziehungsweise Befahren der beschriebenen Routen (Außenbezirke und Innenstadt) an. Insgesamt werden 218 Orte des Widerstandes vorgestellt. Ein Artikel von Wolfgang Neugebauer sowie ein Artikel der Projektgruppe Frauen im antifaschistischen Widerstand bilden informative Einleitungen in das Thema.

\*

Nach ihrer 1985 erschienenen Dokumentation „Der Himmel ist blau. Kann sein — Frauen im Widerstand, Österreich 1938—1945“ brachten Karin Berger, Elisabeth Holzinger, Lotte Podgornik und Lisbeth N. Trallori, wieder in der Edition Spuren der Promedia Druck- und Verlagsges. m. b. H., den Band „Ich geb' dir einen Mantel, daß du ihn noch in Freiheit tragen kannst“ (Wien 1987, 238 S) heraus. Österreichische Frauen, unter ihnen auch Rosa Jochmann, erzählen über ihr „Widerstehen im KZ“. So auch der Untertitel dieses Buches, das in die Hände aller gehört, die niemals vergessen wollen.

\*

Von Peter Paul Wiplinger ist im Klagenfurter Alekto-Verlag ein Buch unter dem Titel „Farbenlehre und andere Gedichte 1967 bis 1987“ erschienen. Es enthält berührende Gedichte des Autors sowie eindringliche Fotos des Künstlers, der auch den ersten Preis beim Kunstwettbewerb 1987 der SPÖ Wien gewonnen hat, von denen wir eine Auswahl auf dieser Seite bieten. Ein Buch, das gerade in unserer jetzigen Zeit eine wichtige Aufgabe erfüllt (172 Seiten, 280 Schilling).



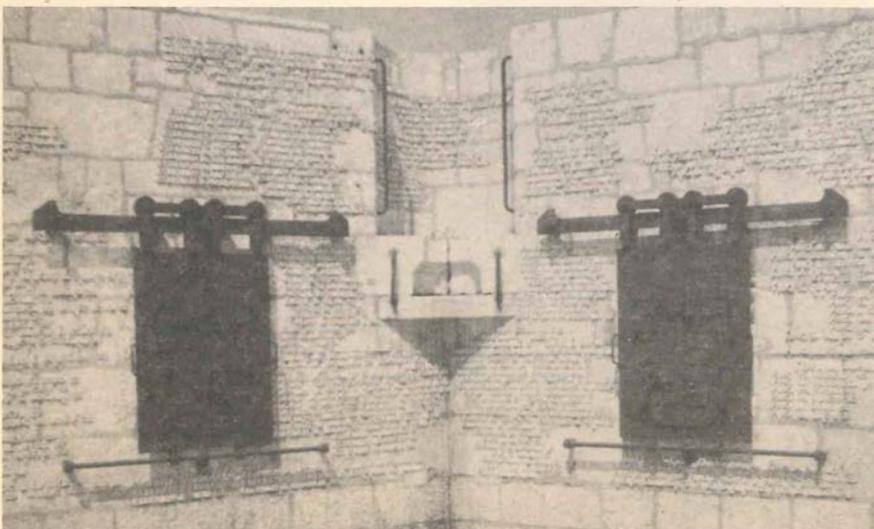
Todesstiege — KZ Mauthausen (Foto: Peter Paul Wiplinger, aus: „Farbenlehre“, Klagenfurt 1987).



Grabstein für Massengrab von KZ-Opfern, KZ-Friedhof Ebensee (Foto: Peter Paul Wiplinger).

ASSOCIAZIONE NAZIONALE EX-DEPORTATI POLITICI NEI CAMPI NAZISTI SEZIONE DI PAVIA	
ELENCO CADUTI DELLA PPOA PAVIA DI PAVIA	
BALCONI ANGELO	GRILLI ERNESTO
BARGIGLIA GIOVANNI	LAZZARI DOSIT
BERNINI TERESIO	MAZZINI
BERTONI CARLO	MINZONI CESARE
BOTTO ANNA	MERLINI GIOVANNI
BOSSI UGO	MASCHERONE GIOVANNI
BRUSAIOLI LUIGI	MEGGIORANI
BRUSONI EGIDIO	PIRELLA PIETRO
CAGNONI EGISTO	QUINZI GIULIO
CAPITANI CESARE	ROSSI GIOVANNI
CAPITANI PEPINO	TRINELLI BENEDETTO
CARNEVALE TULLIO	PERDUGA ANTONIO
CASULLO MARIO	SETTEMBRINO
CEI UGO	TOGGI ANTONIO
CENTENARO GIULIO	RESTORI ERNESTO
DENTICI JACOPO	ROSSI BENEDETTO
DEGLI ALBERTI ANTONIO	SCAPOLLA ANTONIO
DE NICOLA ALFONSO	SCAPOLLA GIULIO
FACCIO GUIDO	SPADARI MARIO
GALLONE PIETRO	TERENZI LUIGI

Gedenktafel KZ Mauthausen (Foto: Peter Paul Wiplinger).



Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus in Vraca bei Sarajevo in Jugoslawien (Foto: Peter Paul Wiplinger, aus: „Farbenlehre“, Klagenfurt 1987).

# „Wir sind noch lange nicht genug“

Landeshauptversammlung des Landesverbandes Wien

Am 12. Februar 1988 fand im Haus der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten die Landeshauptversammlung des Landesverbandes Wien des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer statt. Nach einer künstlerischen Eröffnung erstattete der Landesvorsitzende, Genosse Robert Blau, seinen Bericht. Über die Mitgliederbewegung berichtete Genosse Blau, daß der Mitgliederstand von 2777 am 1. Jänner 1986 auf 2817 am 1. Jänner 1987 und auf 2943 am 31. Dezember 1987 angestiegen ist. Wir sind also mehr geworden, aber noch lange nicht genug, sagte Genosse Blau, der bei dieser Gelegenheit allen Funktionären für ihre Opferbereitschaft und gute Arbeit für den Bund aufrichtig dankte.

Mit großem Bedauern teilte Genosse Blau mit, daß Genosse Edi Schlesinger gebeten hat, mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand zur Kenntnis zu nehmen, daß er nicht mehr als Landesschriftführer zur Verfügung stehen kann. Genosse Schlesinger hat vor Jahren, nach dem Tod unserer unvergesslichen Genossin Hermine Kinder, die Leitung des Bundessekretariats übernommen und er hat auch für den Landesverband alle Aufgaben vorbildlich erfüllt. Er hat die Mitgliederkartei neu angelegt und sie laufend betreut, er hat alle Statistiken gemacht, nahm alle Telefonate wahr, organisierte Veranstaltungen und war mit einem Wort die unersetzliche Seele des Büros und der Organisation. „Wir wissen, daß uns Edi auch weiterhin mit Rat und Tat zur Seite stehen wird. Wir danken ihm herzlich und aufrichtig für alles, was er für uns und den Bund getan hat, und wir wünschen ihm und seiner Gattin, die ihn so liebevoll betreut, alles Gute, und wir werden ihn bei unserer Arbeit sehr vermissen,“ sagte Genosse Blau unter starkem Beifall.

Genosse Blau berichtete dann über die Aktivitäten des Landesverbandes in den vergangenen zwei Jahren und gab eine Vorschau auf die Veranstaltungen im Gedenkjahr 1988.

Zu Opferfürsorgefragen wies Genosse Blau darauf hin, daß die von uns verlangte Novelle des Opferfürsorgegesetzes mit der Beseitigung von Härten und der Einführung von Verbesserungen durch das Sparbudget des Bundes nicht verwirklicht werden konnte. Dafür wird es heuer eine einmalige Ehrengabe und Hilfen aus einem Fonds geben (siehe dazu Seite 12).

Die Einführung der Ansuchenformulare des Sozialministeriums hat das Inanspruchnehmen von Geldaushilfen sehr erleichtert. Die Unterhaltsrenten wurden mit 1. Jänner 1988 um 2,8 Prozent erhöht. Alle anderen Renten des Opferfürsorgegesetzes werden mit 1. Juli 1988 um 2,3 Prozent erhöht werden. Die Freibeträge für die Amtsbescheinigung oder den Opferaussweis und den Gesundheitsschaden (causal und acausal) muß man sich in der neuen Lohnsteuerkarte eintragen lassen, sie werden zumeist nur bis Ende 1988 gegeben.

Nach Berichten des Kassiers und der Kontrolle referierte Genosse Professor Hugo Pepper über das Thema „Antifaschismus, Wiederbetätigung der Nazis“.

Bei der Neuwahl wurde Genosse Robert Blau als Vorsitzender bestätigt. Zu seinen Stellvertretern wurden die Genossen Otto Skritek, Karl Milota und Erna Musik gewählt. Zum Landeskassier wurde Genosse Alois Ballek, zu einem Stellvertreter Genosse Kurt Schmidt gewählt. Zur Landesschriftführerin wurde Genossin Steffi Fahn, zu ihrem Stellvertreter Genosse Peter Weidner gewählt.

Die Landeshauptversammlung beschloß auch eine Resolution zum Thema Waldheim, die an anderer Stelle dieser Ausgabe unserer Zeitung veröffentlicht wird.

Mit dem „Lied der Arbeit“ wurde die Landeshauptversammlung geschlossen.

## Auf der Dollfuß-Straße zum Heldenplatz

Wochenendseminar der oberösterreichischen Freiheitskämpfer

Das am 6. und 7. Februar 1988 vom Kontaktkomitee des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, Landesorganisation Oberösterreich, im AK-Bildungsheim Jägermayrhof in Linz abgehaltene Wochenendseminar kann in jeder Hinsicht als voller Erfolg bezeichnet werden. In Vertretung des erkrankten Landesvorsitzenden Gen. Alfred Franzmayr konnte dessen Stellvertreter, Gen. Otto Kriegisch, 72 Genossinnen und Genossen aller Altersgruppen aus ganz Oberösterreich und auch aus Wien als Seminarteilnehmer willkommen heißen.

AK-Vizepräsident Gen. Hubert Wippinger begrüßte es in seiner Eröffnungsrede, daß sich dieses Seminar unter dem Thema „Auf der Dollfuß-Straße zum Heldenplatz“ die Aufgabe gestellt hatte, die unselige Rolle des Austrofaschismus als Wegbereiter des Nationalsozialismus aufzuzeigen. Er wies darauf hin, daß alle faschistischen Systeme Todfeinde der Gewerkschaftsbewegung waren und sind und stets als erstes die Einrichtungen der Arbeiterbewegung zerschlagen haben.

Im ersten Referat gab Gen. Mag. Willy Krula einen kurzen Überblick über

das Wesen und die Aktionen des Austrofaschismus. Im Hinblick auf die Rolle, die Bundeskanzler Dr. Engelbert Dollfuß bei der Zerschlagung der Demokratie und der Arbeiterbewegung in Österreich gespielt hatte, ist es unfaßbar, daß nach wie vor ein Porträt von ihm im Parlamentsklub der ÖVP hängt. Eine Parallele zwischen der Ersten Republik und der gegenwärtigen Situation sieht Gen. Krula darin, daß damals wie heute die konservativen Kräfte bestrebt sind, die Wirtschaft durch einen Sozialabbau zu sanieren.

Das nächste Referat hielt Gen. Prof. Josef Hindels. Er betonte, daß das österreichische Kapital deshalb für einen eigenständigen faschistischen Staat Österreich eingetreten ist, weil es befürchtete, nach einem Anschluß dem ökonomisch stärkeren deutschen Kapital nicht standhalten zu können. Im übrigen seien aber die Übergänge zwischen dem österreichischen und dem deutschen Faschismus fließend gewesen, auch seien viele Austrofaschisten, zum Beispiel Starhemberg, zeitweise Mitglieder der NSDAP gewesen. Außer dem gemeinsamen Eintreten gegen die

Fortsetzung auf Seite 15



Fortsetzung von Seite 14

Demokratie und die Einrichtungen der Arbeiterbewegung hatten beide Faschisten auch den Antisemitismus gemeinsam, dessen Wurzeln im Bereich der katholischen Kirche liegen. Daß Dollfuß kein Freiheitsheld gewesen ist, dokumentierte Gen. Hindels dadurch, daß er wenige Stunden vor seiner eigenen Ermordung des Sozialisten Gerl hinrichten ließ.

## Mahnmal in Linz

Die Landesorganisation Oberösterreich des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus errichtet gemeinsam mit anderen oberösterreichischen Opferverbänden ein großes Mahnmal zu Ehren der Opfer des Faschismus in Linz. Eine Gruppe von Bronzefiguren in Lebensgröße nach dem Entwurf des Bildhauers Leopold Grausam steht auf einem Sockel aus Mühlviertler Granit und stellt die Schrecken der NS-Zeit dar. Aufgestellt wird das Denkmal auf dem Bernaschek-Platz in Linz-Urfahr.

**Die feierliche Enthüllung findet am 12. März 1988 um 10.30 Uhr statt. Univ.-Prof. Dr. Erwin Ringel wird die Festrede halten.**

Die Probleme des Jahres 1988 sieht Gen. Hindels so:

- Bewußte Geschichtsfälschung durch die ÖVP und ihr nahestehender Kreise.

- Wiederaufleben des Antisemitismus und Fremdenhasses.

- Wirtschafts- und Sozialpolitiker polemisieren gegen „Sozialschmarotzer“.

- Waldheim wird zur Symbolfigur.

Das Referat am Nachmittag wurde von Gen. Univ.-Prof. Dr. Josef Weidenholzer gehalten und befaßte sich mit der Regierung Schuschnigg. Er wies darauf hin, daß dieser Bundeskanzler ein ganz gewöhnlicher Durchschnittsmensch ohne besondere Durchsetzungskraft gewesen ist. Der „Ständestaat“ beabsichtigte, „die Geschichte um 200 Jahre zurückzudrehen“. Die wesentlichsten Aussagen des gut fundierten Referats von Gen. Weidenholzer waren:

- Der Umgang mit Demokraten, wie er im damaligen Österreich gehandhabt wurde (Standrecht und Hinrichtungen 1934, Sozialistenprozesse 1936, Konzentrationslager Wöllersdorf usw.), war ein wesentlicher Grund dafür, daß die westlichen Demokratien 1938 für dieses Regime keinen Finger rührten!

- Das Juliabkommen des Jahres 1936 machte Österreich zur deutschen Halbkolonie.

- Österreichs Wirtschaft wurde durch den Austrofaschismus völlig ruiniert.

Am Abend wurde der Stummfilm „Die Stunde Null“ gezeigt und von Gen. Krula als Zeitzeugen ausführlich kommentiert.

Am 7. Februar war auch der SPO-Landesvorsitzende LH-Stv. Gen. Dr. Karl Grüner unser Gast, der zum Ausdruck brachte, wie sehr er die Arbeit der Freiheitskämpfer schätzt. Wörtlich erklärte er: „Es ist eine Tragödie, daß sich so wenige Menschen mit den eigentlichen Problemen der Gegenwart intensiv auseinandersetzen. Die Mehrheit der Menschen, auch unserer Genossen, lebt in den Tag hinein. Die Gefahren in der Gegenwart und auch für die Zukunft wären geringer, wenn die geistige Auseinandersetzung vom Rande unserer Bewegung mehr in das Zentrum rücken würde. Es muß uns allen klar sein, daß das Jahr 1938 nicht ohne das Jahr 1934 denkbar wäre.“

Das letzte Referat hielt Gen. Prof. Hugo Pepper. Er befaßte sich mit der Person des Bundespräsidenten Dr. Wilhelm Miklas, der eine sehr schwache Persönlichkeit gewesen war und auch zuletzt nur geringen Widerstand geleistet hatte, der nicht überbewertet werden dürfe. Gen. Pepper wies auch auf die außenpolitische Naivität des österreichischen Bundespräsidenten hin und zeigte an Hand vieler Beispiele, unter anderem zitierte er auch aus dem bisher noch nicht veröffentlichten Tagebuch von Orel eine Unterredung von diesem mit Miklas, daß dieser eine sehr deutsch-konservative Weltanschauung hatte und in den Lauf der politischen Entwicklung kaum eingegriffen hatte, obwohl er als Bundespräsident die Entwicklung mehrmals beeinflussen hätte können, etwa durch die Annahme der Rücktrittserklärung der Regierung Dollfuß nach der Ausschaltung des Parlaments 1933.

Zu allen Referaten gab es die Möglichkeit der Diskussion mit den Referenten, die von den anwesenden Genossen auch durch zahlreiche Anfragen, aber auch durch ergänzende Schilderungen der anwesenden Zeitzeugen genutzt worden ist.

## Wiener Neustadt

**Versammlung.** In einer gutbesuchten Versammlung der sozialistischen Freiheitskämpfer in Wiener Neustadt nahm Landesverbandsobmann Leo Lesjak zur gegenwärtigen innenpolitischen Situation aus der Sicht der Freiheitskämpfer Stellung. „Wo wären wir heute, wenn nicht Millionen Menschen auf der ganzen Welt dem menschen-

verachtenden Faschismus die Stirne geboten hätten. Mehr als 100.000 Österreicher kamen im politischen Widerstand und durch Verfolgung ums Leben. Insgesamt ist dem Hitlerwahnsinn der Tod von 505.100 Österreichern, darunter 380.000 Soldaten und 24.000 zivile Bombenopfer zuzuschreiben, das sind 7,2 Prozent der Bevölkerung. In der Sowjetunion waren es gar 20.000.000 Tote.“ Der Redner fand es bemerkenswert, daß der Antisemitismus in Österreich nach dem Krieg unbemerkt blieb und erst vor wenigen Monaten durch die demagogische Haltung des ehemaligen ÖVP-Generalsekretärs Graff wieder aufbrach. Leider schürten einige Massenmedien die „Jetzt-erst-recht“-Stimmung. Die führte dazu, daß bei der Bundespräsidentenwahl eine Person mit fragwürdigen Eigenschaften zum ersten Mann im Staat gewählt wurde.

Im Verlauf der Versammlung ergriffen die Genossin Erika Hahnler sowie die Genossen-Erwin Kwech, Fritz Hanler, Maximilian Gindl und Nationalratsabgeordneter Dr. Johann Stippel das Wort.

## An die Bundesmitglieder in Niederösterreich

Gerade anlässlich des Gedenkjahres 1988 wollen wir all jener unschuldigen Menschen gedenken, die dem Vernichtungswahn Hitlers zum Opfer fielen.

Unser Landesverband führt am **Samstag, dem 23. April 1988**, eine Gedenkfahrt nach Schloß Hartheim, Bezirk Eferding bei Linz, durch. In dem Schloß wurden während der NS-Zeit sowohl Säuglinge und Kinder als auch fallweise Häftlinge vergast. Insgesamt sollen es etwa 30.000 Menschen gewesen sein.

An der Gedenkfahrt werden Autobusse aus den Wahlkreisen Wiener Neustadt und St. Pölten sowie aus Schwechat und den Bezirken rund um Wien eingesetzt. Die Fahrt ist für unsere Mitglieder gratis!

Am **Sonntag, dem 15. Mai 1988**, nehmen unsere Bezirksgruppen an der großen Gedenkveranstaltung im ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen teil. Auch zu dieser Gedenkveranstaltung werden von uns Busse geführt.

Wir bitten die Mitglieder, von der Möglichkeit der Gratisfahrt Gebrauch zu machen und sich diesbezüglich bei den Bezirksgruppenobmännern oder direkt beim Landesverband Niederösterreich des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer, Grillparzerstraße 14, 1010 Wien, anzumelden.

## Leopoldstadt

**Pauline Sofka t.** Am 2. Dezember 1987 ist Genossin Pauline Sofka nach langer, schwerer Krankheit gestorben. Genossin Sofka wurde 1947 Mitglied der sozialistischen Freiheitskämpfer, viele Jahre lang war sie Mitarbeiterin der Bezirksgruppe Leopoldstadt. Sie erhielt das silberne Ehrenzeichen für die Befreiung Österreichs und die Victor-Adler-Plakette für ihre langjährige Tätigkeit als Mitarbeiterin der SPO. Genossin Pauline Sofka war eine mutige Kämpferin gegen den Faschismus.

FRAU /  
BALLEK IRMA

3000002135

JUSTG.6-14/1/1/7  
1210 WIEN

Erscheinungsort Wien  
Verlagspostamt Wien 1010

P. b. b.

Wenn unzustellbar, bitte zurücksenden  
an den Absender

## Hernals

**Jahresversammlung.** Am 21. Jänner 1988 hat die Bezirksgruppe Hernals die Jahresversammlung durchgeführt.

Unsere sehr gut besuchte Versammlung — 46 anwesende Mitglieder, davon 11 Genossinnen und 35 Genossen — wurde durch die Anwesenheit von Mitgliedern des Bezirksvorstandes der SPÖ Hernals, Hans Bock, Josef Veleta, Bezirksvorsteherstellvertreter Ernst Reinold, und den Bezirksobmännern von Währing, Genossen List, und Ottakring, Genossen Herzog, sowie vom Bundesvorstandsmitglied Kurt Schmid besonders ausgezeichnet.

Nach den Berichten gab es nach einem äußerst interessanten und aktuellen Referat des Genossen Alfred Ströer eine sehr lebhaft und emotionelle Diskussion, an der sich zwei Genossinnen und sechs Genossen beteiligten.

Die Neuwahl des Leitungsausschusses unserer Bezirksgruppe erfolgte einstimmig. Zum Obmann wurde Genosse Leopold Hölzl gewählt, zu seinen Stellvertretern die Genossen Robert Blau und Ulrich Lehner.

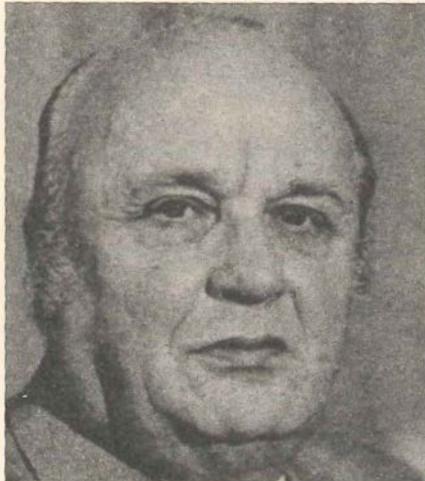
Mit dem „Lied der Arbeit“ wurde unsere Jahresversammlung beendet.

**Rudolf Kromer gestorben.** Die vielen Kampfgefährten und Gesinnungsfreunde waren über das plötzliche Ableben des Obmannes der Bezirksgruppe Hernals und Mitglied des Wiener Landesvorstandes, Genossen Rudolf Kromer, bestürzt und traurig. Er hatte am 8. November 1987 noch den ganzen Tag in seiner Sektion für die Wiener Gemeinderatswahl gearbeitet und war glücklich über den guten Wahlausgang. Am nächsten Tag starb er im 72. Lebensjahr, weil sein Herz, das so begeistert für seine geliebte Partei und auch unseren Bund geschlagen hat, stillstand.

Bei der Kremationsfeier am Hernalser Friedhof würdigte der Bezirksobmann und Hernalser Bezirksvorsteher, Genosse Robert Pfleger, namens der SPÖ, namens des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer, der Alt-SAJ und der Volkshilfe die Verdienste von Genossen Kromer. Sein Leben wi-

derspiegelt die Entwicklung der Arbeiterbewegung. Über die Kinderfreunde, Roten Falken, SAJ und als Jugendvertrauensmann der Gewerkschaft kam er zur SDAP, mußte seine Teilnahme als Wehrsportler und Revolutionärer Sozialist schon 1933, 1934 bis 1936 mit Gefängnis bezahlen.

1945 stellte er sich sofort der Bezirksorganisation Hernals zur Verfügung und bekleidete in der Partei viele Funktionen, war jahrzehntelang Sektionsleiter, Obmannstell-



vertreter, zuletzt Obmann der Bezirksgruppe und Obmann der Volkshilfe Hernals. Seine soziale Einstellung bewies er als Fürsorgerat und Fürsorge-Sektionsobmann und diente seinem geliebten Heimatbezirk viele Jahre als Bezirksrat. Er gründete mit den ehemaligen sozialistischen Jugendlichen die Gruppe der Alt-SAJ Hernals. Er war Träger des Ehrenzeichens um die Verdienste Österreichs, des goldenen Verdienstzeichens der Republik Österreich, des silbernen Verdienstzeichens des Landes Wien und des goldenen Ehrenzeichens unseres Bundes. Die große Teilnahme an der Kremationsfeier beweist die Beliebtheit unseres Kampfgefährten, und unser Mitgefühl wendet sich seiner Gattin Hertha zu und wir alle werden unseren „Rudi“ niemals vergessen.

**Jahresberichte für 1986, 1987.** Unsere Bezirksgruppe betrauert vor allem das Ableben unseres allseits beliebten und verdienten Obmannes, Genossen Rudolf Kromer, der ganz plötzlich, noch voll Freude über den guten Ausgang der Wiener Landtags-

und Gemeinderatswahl, gestorben ist. Weiters haben uns die Genossen Karl Baumann, Eduard Daschl, Friedrich Franke, Rudolf Lambor, Johann Nebenführ, Friedrich Palla und Genossin Marianne Salamon verlassen. Sie waren opferbereite und treue Sozialisten, und wir trauern um jeden einzelnen.

Bis zu unserer Generalversammlung am 21. Jänner 1988 war Genosse Leo Hölzl geschäftsführender Obmann.

Unsere Bezirksgruppe hat sich in der Berichtszeit an allen Aktionen des Bundes beteiligt. Wir danken der Bezirksorganisation der SPÖ Hernals dafür, daß sie zu den Schweigemärschen im Februar jeweils einen Autobus zur Verfügung gestellt hat. Auch an den Schweigemärschen am 1. November der beiden Jahre waren Hernalser Genossinnen und Genossen dabei.

Wir haben in den Sprechstunden unserer Bezirksgruppe vorsprechende Mitglieder jederzeit beraten und waren vor allen Dingen bemüht, ihnen zu ihren Ansprüchen nach dem Opferfürsorgegesetz zu verhelfen. In beiden Jahren haben wir zu den großen Kundgebungen im ehemaligen Vernichtungslager Mauthausen einen eigenen Autobus geführt, und es war vor allem unser Bestreben, jüngere Genossinnen und Genossen mit den furchtbaren Greueln der Nazis zu konfrontieren.

Ein Teil unseres Bezirksvorstandes hat an den Gedenkreisen zum Vernichtungslager Auschwitz im Jahre 1986 und zum Konzentrationslager Theresienstadt sowie nach Lidice — jenem Ort, den die Naziverbrecher dem Erdboden gleichgemacht und wo sie die gesamte Bevölkerung ermordet haben — teilgenommen.

Auf Grund der Todesfälle hatte sich im Jahre 1986 unser Mitgliederstand auf 96 verringert und auf Grund unserer Werbetätigkeit schließen wir mit 31. Dezember 1987 mit einem Mitgliederstand von 105 ab. Wir werden weiterhin bemüht sein, jüngere Genossinnen und Genossen, besonders die jüngeren Mitarbeiter der Partei und ihrer Nebenorganisationen, für uns zu werben, weil unsere Aufgabe, das Wiedererstarken des Neofaschismus, des Antisemitismus und der Ausländerfeindlichkeit zu bekämpfen, nur mit Hilfe einer Stärkung unseres Bundes effizient und möglich ist.

Unser Bund wird immer wieder als Gewissen der Sozialistischen Partei bezeichnet. Dafür ist es notwendig, bei allen Aktionen und Aktivitäten mitzumachen, und da ein Teil unserer Mitglieder auf Grund ihres Alters und geschwächten Gesundheitszustandes nicht mehr mitmachen kann, ist die Stärkung unseres Bundes die wichtigste Aufgabe.

Wir schließen diesen kurzen Tätigkeitsbericht mit der Aufforderung an alle Mitarbeiter der SPÖ und ihrer Nebenorganisationen, die noch nicht Mitglied sind, unserem Bund beizutreten. Mitgliedsanmeldungen können jederzeit im Bezirkssekretariat erfolgen. Der Mitgliedsbeitrag von 60 Schilling im Jahr sollte hierbei kein Hindernis sein.

## An unsere Leser!

Aus Platzgründen mußte die Rubrik „Sprechstunden“ in dieser Nummer unserer Zeitung entfallen. Wir bitten um Verständnis. Redaktionsschluß für die Nummer 3/4 ist der 15. März 1988

Medieninhaber und Herausgeber: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Wien 1, Löwelstraße 18, Telefon 534 27-0. Hersteller: Vorwärts AG, 1030 Wien, Viehmarktgasse 4. Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Information der Opfer des Faschismus über ihre rechtlichen Ansprüche.